



POLIZEI
BERLIN



Lagedarstellung
Politisch motivierte Kriminalität
in Berlin
2013

Herausgeber:
Der Polizeipräsident in Berlin
Landeskriminalamt
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin
Tel.: 030/4664-0
030/4664-4664 (Bürgertelefon)
Fax: 030/4664-82 29 51 10
E-Mail: lka5@polizei.berlin.de
Internet: www.polizei.berlin.de

Entwicklung der Fallzahlen im Überblick

Gesamtaufkommen	2012	2013	Veränderung
Politisch motivierte Kriminalität	2812	3091	↗
PMK – rechts	1361	1361	→
PMK – links	866	1023	↗
PM-Ausländerkriminalität	184	196	↗
Sonstige/Nicht zuzuordnen	401	511	↑

Gewaltdelikte	2012	2013	Veränderung
Politisch motivierte Kriminalität	350	441	↑
PMK – rechts	60	83	↑
PMK – links	209	276	↑
PM-Ausländerkriminalität	48	41	↘
Sonstige/Nicht zuzuordnen	33	41	↗

1	Vorbemerkungen	6
2	Fallzahlenentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität	
2.1	Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht	10
2.2	Politisch motivierte Gewaltdelikte	11
2.3	Fallaufkommen PMK im Unterthema „sexuelle Orientierung“	12
2.4	Differenz zwischen den Fallzahlen der PMK und den Vorfällen in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2012“ der Opferschutzorganisation „ReachOut“	15
3	Politisch motivierte Kriminalität – rechts	
3.1	Besondere Entwicklungen	
3.1.1	Konfrontation mit dem politischen Gegner	17
3.1.2	Fremdenfeindlichkeit und Rassismus	18
3.1.3	Bombenangriffe auf deutsche Städte im 2. Weltkrieg	20
3.2	Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen	
3.2.1	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands – Die Volksunion“ (NPD – Die Volksunion)	21
3.2.2	Bürgerbewegung „pro Deutschland“	23
3.2.3	Personenzusammenschlüsse und Aktionsbündnisse	24
3.3	Herausragende Ereignisse	27
3.4	Prognose	30
4	Politisch motivierte Kriminalität – links	
4.1	Besondere Entwicklungen	
4.1.1	Gentrifizierung und Stadtentwicklung	31
4.1.2	Asylrecht	33
4.1.3	Repression	37
4.2	Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen	
4.2.1	„Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB)	39
4.2.2	„Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB)	40

4.3	Herausragende Ereignisse	40
4.4	Prognose	42
5	Politisch motivierte Ausländerkriminalität	
5.1	Politisch motivierte Ausländerkriminalität ohne Bezüge zum Islamismus	
5.1.1	Besondere Entwicklungen	44
5.1.2	Herausragende Ereignisse	48
5.1.3	Prognose	53
5.2	Islamistischer Extremismus/Terrorismus	
5.2.1	Besondere Entwicklungen	50
5.2.2	Herausragende Ereignisse mit Islamismus-Bezug	50
5.2.3	Prognose	52
6	Sonstige/Nicht zuzuordnen	
6.1	Besondere Entwicklungen	
6.1.1	Stadtentwicklung	54
6.1.2	Bundestagswahlen	56
6.2	Prognose	56
7	Anhang	
7.1	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität	57
7.2	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – rechts	59
7.3	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – links	67
7.4	Fallzahlen Politisch motivierte Ausländerkriminalität	75
7.5	Fallzahlen Sonstige/Nicht zuzuordnen	83

1 Vorbemerkungen

Im vorliegenden Lagebild werden die Entwicklungen in den drei Phänomenbereichen Politisch motivierte Kriminalität - rechts (PMK - rechts), Politisch motivierte Kriminalität - links (PMK - links) sowie Politisch motivierte Ausländerkriminalität (PMAK) betrachtet.

- Dem Phänomenbereich PMK - rechts werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer rechten Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zum völkischen Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.
- Dem Phänomenbereich PMK - links werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer linken Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.
- Politisch motivierter Ausländerkriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte

Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf gerichtet sind, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Derartige Straftaten können auch durch Deutsche begangen werden.

Im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ sind die Fälle der PMK enthalten, die keinem der drei vorgenannten Phänomenbereiche zugeordnet werden konnten.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität beinhalten die Fälle, die im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) meldepflichtig sind. Dabei handelt es sich entgegen der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS) um eine Eingangsstatistik. Die Fallzählung erfolgt tatzeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren abgeschlossen wurde.

Ein Fall kann mehrere Straftaten beinhalten, die aufgrund des engen motivationalen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs als ein „Lebenssachverhalt“ gezählt werden (z.B. ein Landfriedensbruch, begangen durch mehrere Täter auf einem Platz und benachbarten Nebenstraßen - mehrere Anzeigen, Zusammenfassung zu einem Fall).

Herausragende Fälle wurden unter der Überschrift „Herausragende Ereignisse“ als eigener Punkt im jeweiligen Phänomenbereich dargestellt. Außerdem wurden zur Vermittlung eines Eindrucks hinsichtlich der zur Rede stehenden Straftaten jeweils einzelne – nicht für sich herausragende – Falldarstellungen in die allgemeine Lagebeschreibung eingeflochten.

Um die Fallzahlen übersichtlich und in Teilbereichen vergleichbar darzustellen, erfolgt die Unterteilung in die Deliktsarten Terrorismus, Politisch motivierte Gewaltkriminalität, Propagandadelikte und sonstige Delikte.

- Terrorismus ist über die Strafbarkeit der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§§ 129a, 129b StGB) gesetzlich bestimmt. Als Terrorismus werden darüber hinaus schwerwiegende Politisch motivierte Gewaltdelikte (Katalogtaten des § 129a StGB) sowie Verstöße gegen die §§ 89a, 89b und 91 StGB¹ erfasst.
- Bei der Gewaltkriminalität handelt es sich um Politisch motivierte Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung sowie Widerstands- und Sexualdelikte.
- Propagandadelikte sind Verstöße gegen den § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) und gegen den § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).
- Als sonstige Delikte werden alle Fälle dargestellt, die nicht Terrorismus, Gewalt- oder Propagandadelikte sind.

Darüber hinaus werden bestimmte Tatbestände erfasst, weil sie Staatsschutzdelikte² sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann. Diese Fälle werden als Deliktsqualität „Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation“ im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ klassifiziert.

Um das Motiv eines Falles auswertbar darzustellen, werden diesem bundeseinheitlich verbindliche Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet. So ist z. B. fremdenfeindlich ein Unterthema des Themenfeldes „Hasskriminalität“.

¹ § 89a StGB: Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 89b StGB: Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 91 StGB: Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

² §§ 80 - 83, 84 - 86a, 87 - 91, 94 - 100a, 102 - 104a, 105 - 108e, 109 - 109h, 129a, 129b, 234a oder 241a StGB

Um das Motiv detailliert darzustellen, können einem Fall mehrere Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet werden. So kann ein Fall bspw. sowohl fremdenfeindlich als auch antisemitisch sein. Aus diesem Grund wird ein Fall bei der Auswertung der Themenfelder bzw. Unterthemen so oft gezählt, wie ihm Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet wurden. Insofern führt die Summierung der Fallzahlen in den einzelnen Unterthemen grundsätzlich nicht zum tatsächlichen Fallzahlenaufkommen.

Die Zählung der Tatverdächtigen erfolgt fallbezogen. Wurde ein Täter im selben Jahr zu mehreren Fällen bekannt, wird er mehrfach gezählt.

Opfer sind natürliche Personen, die durch eine strafbare Handlung körperlich geschädigt wurden oder geschädigt werden sollten. Polizeibeamte werden als Opfer im Rahmen des KPMD-PMK in Berlin grundsätzlich nicht erfasst, um unvollständige und missverständliche Auskünfte zu vermeiden. Denn politisch motivierte Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte ereignen sich häufig bei Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen. Die Anzahl der verletzten Polizeibeamten ist dabei nicht immer bekannt und auch im Nachhinein nicht zuverlässig zu ermitteln, so dass über die genaue Anzahl verletzter Polizeibeamter keine belastbaren Auskünfte gegeben werden können.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität unterliegen bis zum Abschluss - ggf. bis zum endgültigen Gerichtsurteil - einer Bewertung gemäß der angenommenen Tätermotivation. Darüber hinaus können Fälle der PMK erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen.

2 Fallzahlenentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität

2.1 Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht

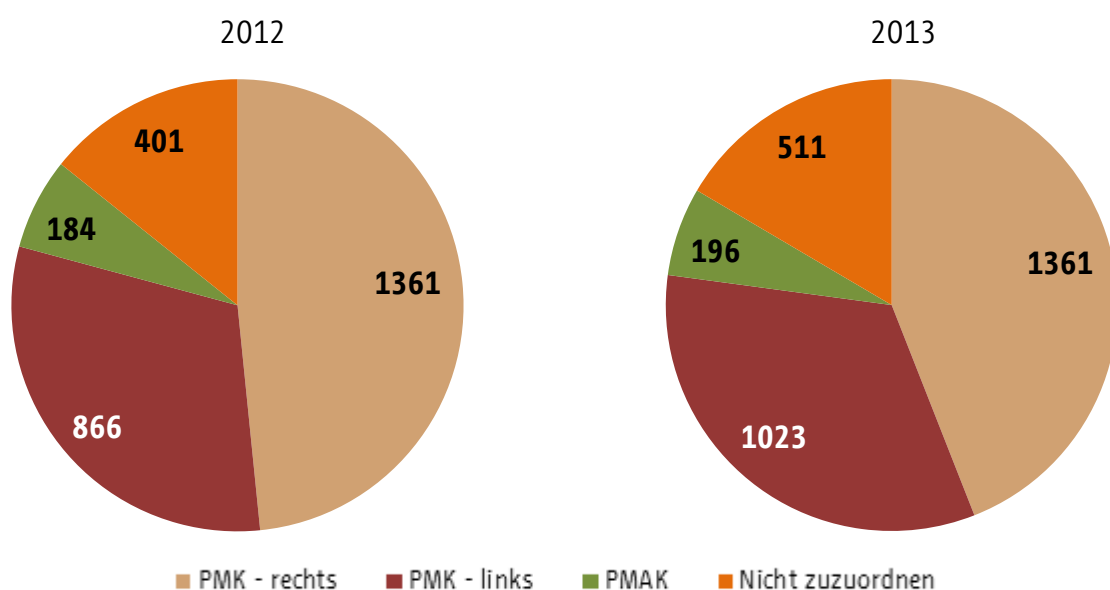
Im Jahr 2013 wurden im Rahmen des KPMD-PMK 3091 Fälle gemeldet. Damit ist ein Anstieg des Fallaufkommens im Vergleich zum Jahr 2012 (2812 Fälle) um 279 Fälle (10 %) zu verzeichnen. In 441 Fällen handelt es sich um Gewaltdelikte.

Im Einzelnen ist für das Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung in den Phänomenbereichen zu verzeichnen:

	2012	2013	Trend
PMK - rechts	1361	1361	0%
PMK - links	866	1023	18%
PM-Ausländerkriminalität	184	196	7%
Sonstige/Nicht zuzuordnen	401	511	27%
PMK gesamt	2812	3091	10%

Fallaufkommen PMK in den Phänomenbereichen im direkten Jahresvergleich

Anteil des Gesamtaufkommens PMK in den Phänomenbereichen



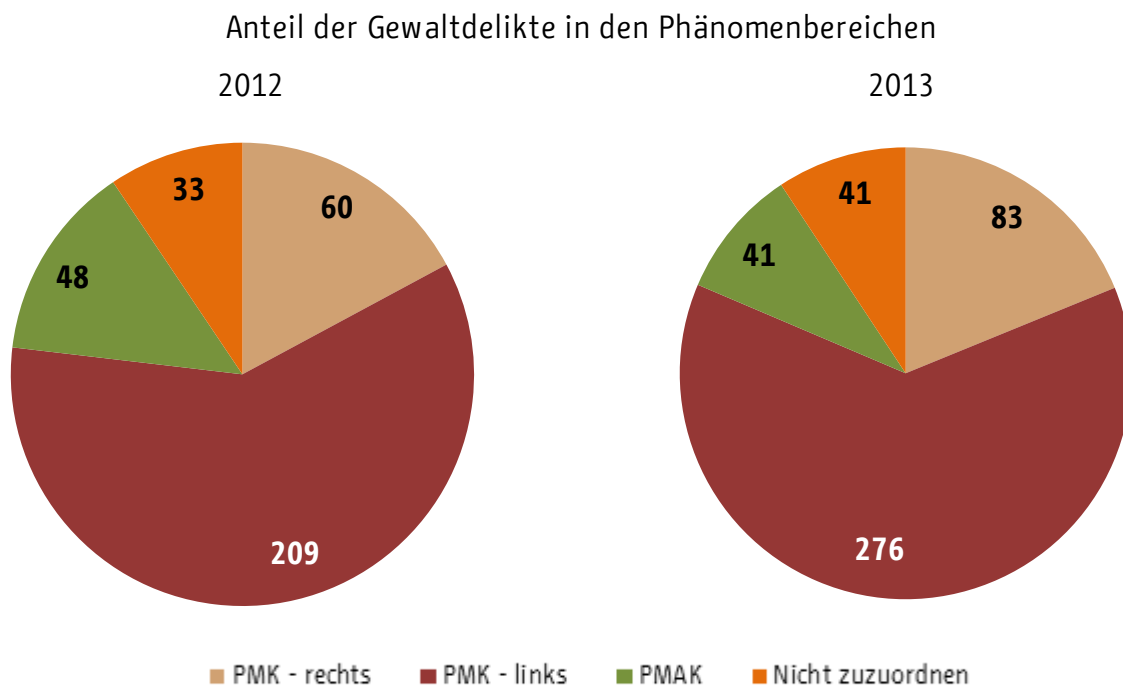
2.2 Politisch motivierte Gewaltdelikte

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 441 politisch motivierte Gewaltdelikte (2012: 350 Fälle, Anstieg um 91 Fälle) gemeldet.

Im Einzelnen ist für das Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung der Gewaltdelikte in den Phänomenbereichen zu verzeichnen:

	2012	2013	Trend
PMK - rechts	60	83	38%
PMK - links	209	276	32%
PM-Ausländerkriminalität	48	41	-15%
Sonstige/Nicht zuzuordnen	33	41	24%
PMK Gewalt gesamt	350	441	26%

Fallaufkommen der Gewaltdelikte der PMK im direkten Jahresvergleich

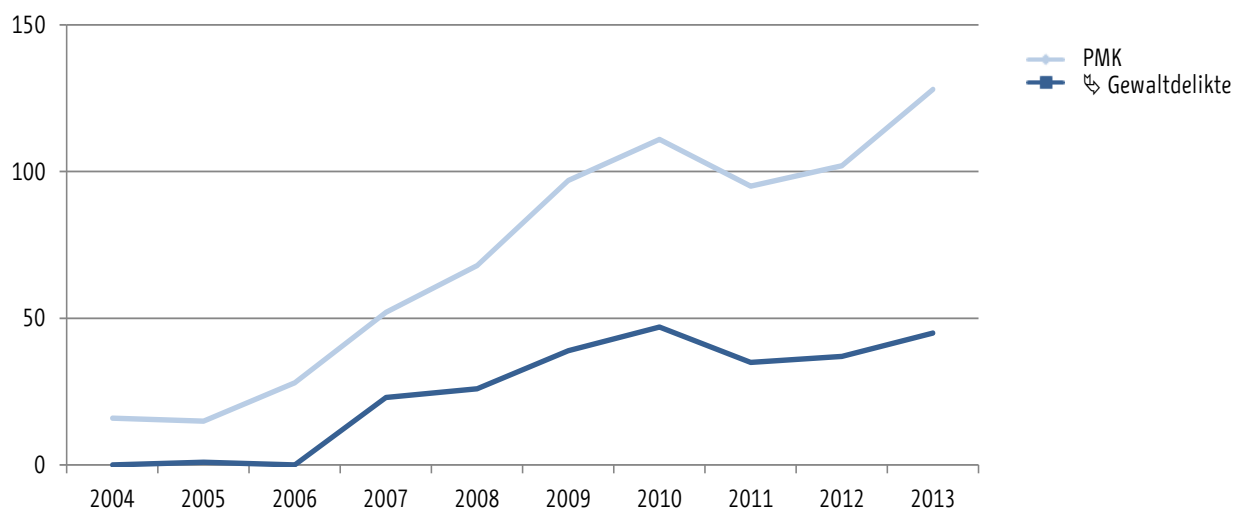


2.3 Fallaufkommen PMK im Unterthema „sexuelle Orientierung“

Im Berichtsjahr stieg das Fallaufkommen der Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung phänomenbereichsübergreifend um 26 Fälle. Ob eine gestiegene Anzeigenbereitschaft ursächlich dafür ist, kann nicht valide belegt werden. Im Jahr 2013 waren 45 Gewaltdelikte zu verzeichnen.

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
PMK	16	15	28	52	68	97	111	95	102	128
☞ geklärt	6	3	9	24	27	41	45	36	41	56
Aufklärungsquote	38%	20%	32%	46%	40%	42%	41%	38%	40%	44%
☞ Gewaltdelikte	0	1	0	23	26	39	47	35	37	45
☞ geklärt	0	0	0	8	10	15	15	10	15	11
Aufklärungsquote	- / -	0%	- / -	35%	38%	38%	32%	29%	41%	24%

Fallaufkommen PMK im Unterthema "sexuelle Orientierung" mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich



Die Höhe der Fallzahlen im Unterthema „sexuelle Orientierung“ hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben dem tatsächlichen Fallaufkommen spielen vor allem die Anzeigenbereitschaft der Opfer bzw. Geschädigten sowie möglicher Zeugen eine wichtige Rolle. Aufgrund der Intensivierung der Präventions- und Netzwerkarbeit, der Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen innerhalb der Polizei Berlin und der damit einhergehenden verstärkten Fokussierung auf diesen Themenkomplex kann der verzeichnete Anstieg der Fallzahlen möglicherweise auch auf eine Reduzierung des Dunkelfeldes zurückgeführt werden.

Fallaufkommen in den Bezirken im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	PMK		🔪 Gewaltdelikte	
	2012	2013	2012	2013
Charlottenburg-Wilmersdorf	5	8	2	3
Friedrichshain-Kreuzberg	17	22	10	11
Lichtenberg	3	4	1	2
Marzahn-Hellersdorf	0	5	0	0
Mitte	37	36	11	11
Neukölln	3	7	2	5
Pankow	4	8	1	2
Reinickendorf	2	4	1	1
Spandau	4	0	1	0
Steglitz-Zehlendorf	2	1	0	0
Tempelhof-Schöneberg	23	28	8	9
Treptow-Köpenick	2	5	0	1
Berlin gesamt	102	128	37	45

Fallzahlen PMK im Unterthema "sexuelle Orientierung" in den Bezirken im direkten Jahresvergleich

Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	2012	2013
PMK	51	62
↪ männlich	47	58
↪ weiblich	4	4
↪ Gewaltdelikte	20	11
↪ männlich	19	11
↪ weiblich	1	0

**Tatverdächtige zum Fallaufkommen PMK im Unterthema
„sexuelle Orientierung“ nach Geschlecht im direkten
Jahresvergleich**

Opfer von Gewaltdelikten im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	2012	2013
männlich	41	52
weiblich	9	6
Gesamt	50	58

**Opfer von Gewaltdelikten der PMK im Unterthema
"sexuelle Orientierung" nach Geschlecht im direkten
Jahresvergleich**

2.4 Differenz zwischen den Fallzahlen der PMK und den Vorfällen in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2013“ der Opferschutzorganisation „ReachOut“

Um einen seriösen Vergleich vornehmen zu können, werden im Folgenden die in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2013“, Stand 27. Februar 2013, der NGO „ReachOut“ aufgeführten Vorfälle - nachfolgend Chronik-Vorfälle genannt - mit den entsprechenden Fällen der PMK insgesamt für das Jahr 2013 ins Verhältnis gesetzt.

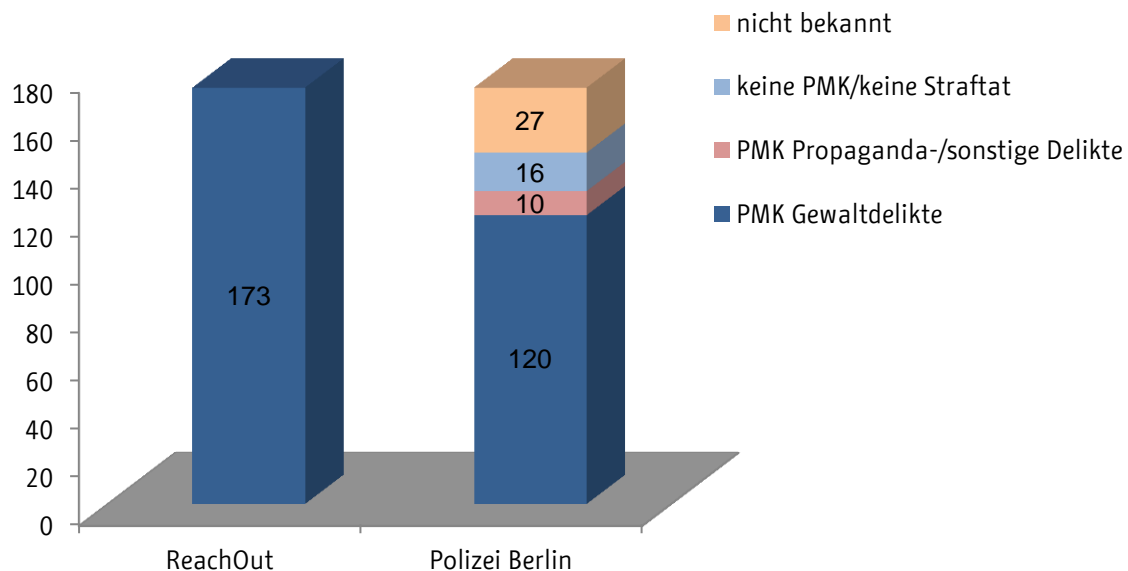
Den 173 „Gewalttaten“ der „Chronik“ stehen - zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung - 83 polizeilich erfasste Gewaltdelikte der PMK – rechts gegenüber. In den Chronik-Vorfällen sind jedoch u. a. auch Taten der Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung enthalten, die im Rahmen des KPMD-PMK überwiegend dem Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ zugerechnet werden.

146 der 173 Vorfälle sind bei der Polizei Berlin bekannt, diese verteilen sich wie folgt:

- 130 Taten politisch motiviert
- 11 Taten Allgemeinkriminalität
- drei Taten ohne Erfüllung des angezeigten Straftatbestandes
- zwei Vorgänge ohne Anzeigenaufnahme, da keine mit Strafe bedrohte Handlung erfüllt war

27 Chronik-Vorfälle konnten in den Informationssystemen der Polizei nicht nachvollzogen werden.

Betrachtung der Chronik-Vorfälle aus Sicht der Polizei Berlin



Die 130 durch die Polizei Berlin als politisch motiviert klassifizierten Chronik-Vorfälle gliedern sich in folgende Phänomenbereiche und Deliktsarten:

	Gewaltdelikte	Propagandadelikte	sonstige Delikte	Gesamt
PMK - rechts	75	1	7	83
PMAK	23	0	0	23
Sonstige	22	1	1	24
Gesamt	120	2	8	130

Verteilung der als PMK eingestuft "Chronik-Vorfälle" auf die Phänomenbereiche und Deliktsarten

3. Politisch motivierte Kriminalität – rechts

3.1 Besondere Entwicklungen

3.1.1 Konfrontation mit dem politischen Gegner

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner - vor allem des linken Spektrums - war auch in diesem Berichtsjahr ein Schwerpunktthema der rechten Szene.

Neben zahlreichen Propagandadelikten und Sachbeschädigungen in Form von Farbschmierereien wurden auch im Jahr 2013 wieder Einrichtungen und Büros von Parteien und Organisationen, die sich kritisch mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen, Ziel rechtsgerichteter Straftaten.

- Durch unbekannte Täter wurde am 18. März 2013 eine Schaufensterscheibe des Bürgerbüros von Dr. Gregor G. (Die Linke) in Berlin-Niederschöneweide beschädigt, indem das Glas mit einem unbekannten Gegenstand eingeschlagen wurde. Dabei entstanden Risse, ein Eindringen war nicht möglich. Am 22. Mai 2013 wurde das Büro in ähnlicher Weise erneut angegriffen.
- Am 15. April 2013 beschmierten unbekannte Täter die Fassade und die Eingangstür der „AnsprechBar“ der SPD in Berlin-Oberschöneweide mit weißer Farbe. Am 21. April 2013 wurde die Fassade der „AnsprechBar“ mit Flaschen beworfen, welche mit Farbe gefüllt waren.
- Am 21. September stellte ein Abgeordneter der Partei „Die Linke“, fest, dass unbekannte Täter in der Nacht vom 20. zum 21. September 2013 das Türblatt seiner Wohnungstür außen mit einer Doppelsigrune sowie mit den Aufschriften „Ausländer Raus!“ und „Bald Bist du TOD“ und den Briefkasten mit einer Doppelsigrune und der Aufschrift „Raus!“ beschmiert hatten.

Die stetig steigende und intensivere Nutzung des Mediums Internet durch alle Bevölkerungsschichten ermöglicht auch aufgrund der Anonymität das einfache Erheben und Veröffentlichen von verschiedensten Daten und erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit. Die Internetseite www.nw-berlin.net ist seit Ende 2012 abgeschaltet. Gleichwohl konnten wiederholt Aufkleber mit der inaktiven Webseite des „Nationalen Widerstandes“ im Stadtgebiet aufgefunden werden.

- Am 20. Juni 2013 wurde ein Aufkleber mit der Aufschrift „Augen auf! Meldet uns Treffpunkte, Aktivitäten, Personalien und Übergriffe von Linksextremen - nw.berlin.net, V.i.S.d.P: Schmidtke, Postfach 940126, 12441 Berlin/E.i.S.“ in Johannisthal entdeckt.
- Am 16. Juli 2013 wurden an einem Verkehrsschild und einem Poller in Johannisthal Aufkleber mit der Aufschrift „Nur dein Schweigen schützt Dich und Deine Kameraden.“ aufgefunden. Dazu war ein Frauengesicht mit zugeklebter Mundpartie sowie die Internetadresse www.nw-berlin.net abgebildet.

3.1.2 Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Im Jahr 2013 waren wie in den Vorjahren zahlreiche Straftaten gegen Menschen ausländischer Herkunft oder mit Migrationshintergrund durch Personen, die der rechten Szene zuzuordnen sind, zu verzeichnen.

Insbesondere im Zusammenhang mit der Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge im Berliner Bezirk Hellersdorf am 19. August 2013 wurde im Berichtsjahr öffentlichkeitswirksam die Unterbringung von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden durch die rechte Szene thematisiert.

Im Vorfeld der Eröffnung nahmen an einer Informationsveranstaltung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf Mitte Juli 2013, neben Personen der rechten und der linken Szene,

auch Mitglieder der NPD Berlin teil. Während der Veranstaltung kam es zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen linksorientierten und rechtsorientierten Teilnehmern. Vor und auch nach der Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft kam es regelmäßig zu versamlungsrechtlichen Aktionen durch Gegner wie Befürworter der Unterkunft.

- Am 9. August 2013 fand eine Spontandemonstration mit dem Thema „Weg mit dem Heim - Meinungsfreiheit für alle“ mit ca. 65 Teilnehmern statt, die ein 15 m langes Transparent trugen. In diesem Zusammenhang wurden drei politisch rechts motivierte Straftaten registriert.
- Am 24. August 2013 fand in Berlin-Hellersdorf der Aufzug der NPD „Asylflut stoppen - NPD in den Bundestag“ mit ca. 150 Teilnehmern statt. Während des Aufzuges wurden Plakate der NPD mit der Aufschrift „Geld für Oma statt für Sinti und Roma“ gezeigt. Einige Personen zeigten den sogenannten „Deutschen Gruß“. Insgesamt wurden acht politisch motivierte Straftaten festgestellt. Der Aufzug wurde von bis zu 1000 Gegendemonstranten aus dem linken und bürgerlichen Spektrum sowie verschiedener Parteien und Organisationen begleitet.

Am Eröffnungstag selbst wurde durch eine Person in einer Menge, die sich vor dem Asylbewerberwohnheim versammelt hatte, zweimal der Arm zum sogenannten „Deutschen Gruß“ erhoben. Die Person wurde umgehend von eingesetzten Polizeibeamten namentlich bekannt gemacht. Nach Eröffnung des Tatvorwurfs erklärte diese sinngemäß, „dass er nur zeigen wolle, dass er was gegen Ausländer habe“. Beim Amtsgericht Tiergarten wurde gegen die Person Anklage erhoben.

Nach der Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft waren diverse Straftaten, wie Beleidigungen, Sachbeschädigungen und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, sowie Versammlungen „gegen das Heim“ zu verzeichnen.

Am 11. September 2013 veröffentlichte die NPD Berlin auf ihrer Internetpräsenz ein sogenanntes „Rundschreiben“ mit „Rückflugticket“ an Berliner Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund, die bei der Wahl zum Deutschen Bundestag kandidierten.



Inhalt des „Rundschreibens“ war die Aufforderung an die Adressaten, freiwillig aus Deutschland „auszuwandern“, um Deutschland zukünftig keinen weiteren Schaden zuzufügen und keinen politischen Einfluss mehr auf die ethnische Gruppe der Deutschen auszuüben. Das „Rundschreiben“ wurde ebenfalls auf der Facebook-Seite der Berliner JN, (Jugendorganisation der NPD) eingestellt. Der Polizei Berlin ist ein entsprechender Briefeingang bei insgesamt fünf Personen bekannt.

Im Berichtsjahr waren insgesamt 67 fremdenfeindliche Gewaltdelikte, darunter ein versuchtes Tötungsdelikt (siehe Punkt 3.3), zu verzeichnen.

Im Berichtsjahr waren insgesamt 67 fremdenfeindliche Gewaltdelikte, darunter ein versuchtes Tötungsdelikt (siehe Punkt 3.3), zu verzeichnen.

3.1.3 Bombenangriffe auf deutsche Städte im 2. Weltkrieg

Anlässlich des 68. Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden kam es auch in diesem Berichtsjahr zu Aktionen der rechten Szene. So wurde auf verschiedenen Internetpräsenzen der 13. Februar 2013 und die Bombardierung Dresdens thematisiert.

Rund um den 13. Februar 2013 kam es durch Berliner Rechtsextremisten zu Sachbeschädigungen in Form von themenbezogenen Farbschmierereien im öffentlichen Straßenland und zu Plakatierungen.

- In den Berliner Ortsteilen Pankow, Rudow, Lichtenberg, Tempelhof, Buch, Neukölln und Treptow-Köpenick wurden in der Zeit vom 3. Januar 2013 bis zum 13. Februar 2013 verschiedene Schriftzüge, Plakate und Aufkleber zum Thema „DRESDEN 1945“ angebracht.

- 300.000 TOTE! - UNVERGESSEN!" u. a. an Wänden von Supermärkten, Stromkästen und Containern festgestellt.

- Am 12. Februar 2013 wurden im Nahbereich in Berlin-Gropiusstadt mehrere Plakate und ein Holzkreuz der rechten Szene in Bezug auf den 68. Jahrestag in Dresden festgestellt.

Darüber hinaus konnten, wie bereits im Vorjahr, im Berliner Stadtgebiet zwei selbstgebaute, lebensgroße Puppe festgestellt werden, wobei eine Puppe ein Schild mit der Aufschrift „DRESDEN – MASSENMORD, 13./14.02.1945 300.000 TOTE! UNVERGESSEN! WWW.GEDENKMARSCH.DE“ um den Hals trug.

3.2 Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen

3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands – Die Volksunion“ (NPD – Die Volksunion)

Vor allem die NPD nutzte das Thema Flüchtlings- und Asylproblematik für ihren Bundestagswahlkampf. So war eine ablehnende Thematisierung der Gemeinschaftsunterkunft in Hellersdorf sowohl auf der Internetseite der NPD als auch der JN Berlin (Jugendorganisation der NPD) zu verzeichnen.



Unter der Überschrift „Öffentliche Saalveranstaltung: Asylrecht – Asylwirklichkeit – Kein Asylheim in Neukölln!“ erfolgte eine gleichnamige Saalveranstaltung im Gemeinschaftshaus in Gropiusstadt am 16. Februar 2013, welche störungsfrei verlief.

Die medienwirksame Veranstaltung der NPD unter dem Motto „Ihr müsst das rechte Echo schon vertragen“ am 21. März 2013 an der Kreuzung Messedamm/Masurenallee, um ge-

gen den Ausschluss der Band „Frei.Wild“ im Rahmen der „Echo-Verleihung“ zu demonstrieren, verlief störungsfrei.

Am 29. Juli 2013 erfolgte eine störungsfreie Kundgebung anlässlich des 100. Geburtstages von Erich Priebke und für die Freiheit desselben. Erich Priebke verstarb am 11. Oktober 2013 in Rom. Daraufhin gab es Reaktionen der NPD im Internet, Totengedenken und Mahnwachen in Deutschland, die störungsfrei verliefen.

Durch die NPD Berlin wurden am 9. und 13. Juli 2013 insgesamt sechs Kundgebungen zum Thema Asylmissbrauch in Berlin in der Nähe zu bestehenden oder geplanten Asylunterkünften mit Transparenten und Lautsprechern abgehalten. Die Kundgebungen erfuhren ein erhebliches mediales Echo, insbesondere innerhalb der linken Szene. Zu jeder Kundgebung wurden (spontane) Gegenkundgebungen mobilisiert, die mit bis zu dreistelligen Teilnehmerzahlen die NPD Kundgebungen regelmäßig deutlich übertrafen. Beim Aufeinandertreffen wurden durch die Gegendemonstranten diverse Gegenstände (gefüllte Einweghandschuhe, Schuhe, Eier, pp.) auf Teilnehmer der NPD-Demonstrationen und auf Einsatzkräfte der Polizei Berlin geworfen. Das Thema Asyl besitzt zumindest derzeit einen besonderen Stellenwert innerhalb der NPD und wird in seiner Umsetzung als erfolgreich betrachtet, was hauptsächlich auf die intensive Berichterstattung und der damit verbundenen Präsenz in der öffentlichen Wahrnehmung zurückzuführen ist.

Vom 12. August 2013 bis zum 22. September 2013 fanden rund 90 öffentliche Informationsveranstaltungen und Kundgebungen in allen Bundesländern im Rahmen der sogenannten „Deutschlandfahrt der NPD“ statt. Thematisch standen die Veranstaltungen unter dem Motto „Asylflut und Eurowahn stoppen“ und benannten damit die beiden Kernthemen der Partei im Bundestagswahlkampf 2013, nämlich die Agitation gegen Zuwanderung sowie gegen die EU und den Euro. Die Veranstaltungsreihe war angelehnt an die „Deutschlandtour“ des NPD Bundesvorstandes im Sommer des Vorjahres. Neben Versammlungen im August und September in Berlin erfolgte die Abschlusskundgebung am

21. September 2013 unter dem Thema „Asylflut stoppen – NPD in den Bundestag“ in Berlin.

Im Ergebnis der Bundestagswahl 2013 erhielt die NPD 1,5 % der Erst- und 1,3 % der Zweitstimmen und zog erneut nicht in den Bundestag ein.

3.2.2 Bürgerbewegung „pro Deutschland“

Im Jahr 2010 gründete sich der Landesverband Berlin der Bürgerbewegung „pro Deutschland“, die als rechtspopulistische Bürgerbewegung mit einer islamkritischen Ausrichtung



gilt. In diesem Themenzusammenhang führte „pro Deutschland“ im Berichtsjahr in Berlin mehrere Veranstaltungen durch.

Im Rahmen der angemeldeten Demonstration „Zuwanderung stoppen - Islamisierung

verhindern“ am 21. August 2013 in den Ortsteilen Moabit und Kreuzberg äußerte sich der Parteivorsitzende Lars S. in beleidigender Art und Weise zur Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg. Darüber hinaus äußerte er sich abfällig über Homosexuelle und Asylsuchende.

Im Rahmen einer bundesweiten Wahlkampftour in mehr als 40 deutschen Städten wurden insgesamt neun Kundgebungen unter dem Motto „Zuwanderung stoppen – Islamisierung verhindern“ am 20. und 21. September 2013 in Berlin durchgeführt. Am 20. September 2013 kam es zu vier Kundgebungen in unmittelbarer Nähe zu Moscheen bzw. islamischen Einrichtungen, an denen zehn Personen, darunter der Bundesvorsitzende und Anmelder Herr Joachim R. sowie der Landesvorsitzende und als Versammlungsleiter eingesetzte Herr Lars S., teilnahmen. Die Kundgebungen verliefen störungsfrei, es wurden dem Thema entsprechende Reden gehalten.

Mehrfach kam es bei den Kundgebungen zu verbalen Provokationen bis hin zu Beleidigungen gegenüber einzelnen Personen oder Religionen.

3.2.3 Personenzusammenschlüsse und Aktionsbündnisse

Identitäre Bewegung Deutschland

Bei der „Identitären Bewegung“ handelt es sich um eine Gruppierung, die um den Erhalt der ethnokulturellen Identität kämpft. Die Gruppierung fühlt sich durch den demographischen Kollaps, die Massenzuwanderung und die Islamisierung bedroht. Die Gruppe will den „Deutschen Mut zur Identität“ und „Mut zur Heimat“ geben, indem sie einen „unverkrampten, gesunden Patriotismus vorleben“. Sie sähen nicht in den Ausländern, dem System oder gar der Demokratie den Hauptfeind. Sie wollen ein identitäres Bewusstsein schaffen, indem sie lautstark und europaweit die identitäre Frage nach der Zukunft der ethnologischen Identität stellen. Ihr Erkennungszeichen sind gelb-schwarze Fahnen und Schilder, auf denen ein „Lambda“-Zeichen abgebildet ist.



Im Februar des Berichtsjahres konnten das gelbe Lambda-Symbol der IBD „Identitären Bewegung Deutschland“ auf dem Gehweg in der Öffentlichkeit und im September Aufkleber der „Identitären Bewegung“ auf Wahlplakaten festgestellt werden. Auf den Aufklebern stand: „Heimatliebe ist kein Verbrechen - Heimat, Freiheit, Tradition IDENTITÄRE GENERATION - Wehr dich, es ist dein Land - Europa stirbt nicht, solange du es lebst - Jugend an die Macht“.

Die von der Bewegung vertretenen Positionen werden in der Öffentlichkeit zumindest als rechtspopulistisch wahrgenommen.

Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf

Mit dem Bekanntwerden der geplanten Einrichtung der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende in Hellersdorf trat die bis dahin hier unbekannte „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ in Erscheinung, die aufgrund von Einträgen auf ihrer Facebook-Seite als Zusammenschluss von Gegnern der Gemeinschaftsunterkunft erkennbar ist, diese negativ thematisiert und seit dem zum gemeinschaftlichen Protest gegen die Betreibung am geplanten Standort aufruft.

Die Polizei Berlin wurde aufgrund eigener Feststellungen auf die Aktivitäten der „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ aufmerksam. Diese Erkenntnislage beruhte u.a. auf dem Umstand, dass auf der Facebook-Seite der „Jungen Nationaldemokraten Berlin“ ein Flyer der „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ festgestellt wurde. Der Inhalt dieses Flyers verwies insbesondere auf eine „Bürgerbefragung“ am 9. Juli 2013 im Evangelischen Gemeindezentrum im Ortsteil Hellersdorf. Ferner wurde auf dem Facebook-Profil der „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ in einem Beitrag vom 30. Juni 2013 für die „Bürgerbefragung“ am 9. Juli 2013 geworben. Darüber hinaus warb die Bürgerinitiative auf ihrer Facebook-Seite für weitere Aktionen:

- einen „Kiezspaziergang“ am Wochenende mit allgemeinem Informationsaustausch (ohne zeitliche Konkretisierung),
- eine „T-Shirt-Initiative“ für den 9. Juli 2013 mit Slogan „NEIN ZUM HEIM“,
- die Verteilung von Werbematerialien und
- einen „Kreativwettbewerb“.

Darüber hinaus mobilisierte die Bürgerinitiative auf ihrer Facebook-Seite anlässlich einer für den 3. Oktober 2013 geplanten Demonstration „Für eine solidarische Gesellschaft“ von Befürwortern des Heimes, diesen Aufzug quasi „zu unterwandern“, um „linke Gewalttäter

aus der Deckung zu holen“. Am Tag der Demonstration wurden im Umfeld amtsbekannte Rechtsextremisten festgestellt, die diesem Aufruf offenbar gefolgt waren.

Die im Jahr 2013 festgestellten Eintragungen auf der Facebook-Seite seitens der Betreiber sind strafrechtlich nicht relevant. Im Einzelfall wurden Kommentare einzelner Facebook-User mit inkriminiertem Inhalt festgestellt. Diese sind Gegenstand von Ermittlungsverfahren.

Reichsbürgerbewegungen

Unter dem Oberbegriff „Reichsbürger“ lassen sich verschiedene eigenständige Organisationen und Einzelpersonen, welche unter Berufung auf das Deutsche Reich - auf der Grundlage der Weimarer Verfassung - den rechtlichen Bestand der Bundesrepublik Deutschland negieren, zusammenfassen. In zahlreichen Verschwörungstheorien (sog. „Reichsbürgertheorie“) wird die Rechtmäßigkeit amtlichen Handelns bundesdeutscher Behörden angezweifelt. Kennzeichnend für die Bewegung sind u. a. das Ausweisen mit Phantasiepapieren, wie z. B. „Reichsausweisen“, und die Vergabe von Pseudoämtern, wie „Reichskanzler“ oder „Reichsminister“. Darüber hinaus werden E-Mails an öffentliche Einrichtungen, einschließlich Polizeibehörden, versandt, denen teils umfangreiche Dokumente beigelegt sind.

Nachdem die Anmeldung einer Versammlung am 13. September 2013 mit dem Thema „Für soziales Verhalten der Bundesregierung“ der „Reichsbürger“ vor dem Reichstag zurückgezogen wurde, versammelte sich eine Personengruppe unangemeldet auf dem Platz der Republik. Des Weiteren versammelten sich vier Personen der „Deutschen Nationalversammlung“ (DNV). Sie zeigten einen Flyer mit der Aufschrift „Achtung! Wachablösung! Das Grundgesetz geht - Die Verfassung kommt! Für ein souveränes Deutschland! DNV! Jetzt!“ und trugen Schutzhelme und Warnwesten.

Im Berichtsjahr kam es durch Einzeltäter und auch kleinere Gruppen, wie „Blauer Himmel“, „Neuschwabenlandtreffen“ und „PreußenTreff“, zu Veranstaltungen ohne große Außenwirkung, in denen es zu vereinzelt Straftaten kam.

3.3 Herausragende Ereignisse

Wiederholtes Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie Sachbeschädigungen

Im Zeitraum Mai bis Juli 2012 kam es im Ortsteil Berlin-Buch verstärkt zu Sachbeschädigungen mit rechts motiviertem Hintergrund. Vornehmlich wurden hierbei Häuserwände, Müllcontainer, Kleidersammelboxen, Mülleimer der BSR und andere Objekte mit Hakenkreuzen und anderen Zeichen beschmiert. Nachdem es im September 2012 zu Täteridentifizierungen und Festnahmen kam, beruhigte sich die Lage und es kam nur noch zu vereinzelt Taten.

Mit Beginn des Jahres 2013 wurde ein erneutes Ansteigen des Fallaufkommens festgestellt, bei denen die Tatorte in Berlin-Buch, mit Schwerpunkt im Wohngebiet rund um die Bruno-Apitz-Straße, lagen. Durch Ermittlungen konnten die für diese Straftaten verantwortlichen Mitglieder der rechtsextremistischen Gruppierung „AG Buch“ identifiziert werden.

Gegen zwei der drei Hauptakteure wurde beim Amtsgericht Tiergarten beziehungsweise beim Jugendgericht Anklage erhoben. Ein abschließendes Gerichtsurteil steht noch aus.

Sachbeschädigung an Stolpersteinen

Im Berichtsjahr wurden wiederholt Stolpersteine beschädigt, indem sie mit Farbe übergossen oder besprüht wurden. Vor allem der Ortsteil Friedenau war besonders betroffen. In den Nächten vom 29. zum 30. März 2013, vom 30. zum 31. März sowie vom 5. zum 6. Juni 2013 wurden mehrere Stolpersteine durch unbekannte Täter mit Farbe besprüht. Bei den

Stolpersteinen handelt es sich um Gedenktafeln, die an das Schicksal der Menschen erinnern sollen, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden.

Versuchter Mord

Am 9. Juli 2013 wurde der dunkelhäutige Geschädigte in Berlin-Mitte durch zunächst einen Täter mit dem Wort „Nigger“ beleidigt und anschließend mit Fäusten geschlagen, während sich der zweite Täter vorerst passiv verhielt. Im weiteren Verlauf wurde der am Boden liegende Geschädigte dann durch beide Täter mit Schuhen gegen den Kopf getreten, so dass er lebensbedrohliche Kopfverletzungen erlitt. Beide Täter konnten namhaft gemacht werden, wobei im Rahmen der Vernehmungen offenkundig wurde, dass sie aus rassistischen Motiven gehandelt hatten. Beide erhielten Haftbefehle wegen versuchten Mordes.

Die Hauptverhandlung vor dem Landgericht Berlin hat am 14. Februar 2014 begonnen. Ein abschließendes Gerichtsurteil steht noch aus.

Gefährliche Körperverletzung zum Nachteil eines Kindes

Am 4. August 2013 wurde der 12-jährige Geschädigte mit Migrationshintergrund durch einen aus einer Gruppe heraus agierenden Täter gegen den Kopf geschlagen. Als der Geschädigte am Boden lag, trat einer der Täter gegen den Körper des Geschädigten und schrie „Scheiß Ausländer, Ausländer aus Deutschland raus.“. Ein weiterer Täter soll den sogenannten „Deutschen Gruß“ gezeigt und „Scheiß Ausländer, das haben wir richtig gemacht.“ gerufen haben. Nachdem die Täter gemeinsam mit der Gruppe flüchteten, konnten zwei Personen aufgrund von Zeugenaussagen noch in Tatortnähe festgenommen werden. Im Rahmen der Vernehmungen stellte sich jedoch heraus, dass diese zwar während der Tat anwesend waren, sich jedoch nicht aktiv an der Körperverletzung beteiligten.

Im Zuge weiterer Ermittlungen konnten zwei Tatverdächtige ermittelt werden. Der Vorgang wurde eingestellt.

Straftaten im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerber in Marzahn-Hellersdorf

Bereits vor der Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft in der Carola-Neher-Straße in Marzahn-Hellersdorf am 19. August 2013 kam es im unmittelbaren Nahbereich zu politisch motivierten Straftaten. So wurden in der Zeit vom 24. Juli 2013 bis 31. Dezember 2013 insgesamt 15 Fälle im Bereich der Carola-Neher-Straße erfasst, bei denen die Täter dem rechtsgerichteten Spektrum zugerechnet werden. Zu einem Teil der eingeleiteten Verfahren dauern die Ermittlungen noch an.

Straftaten im Bereich von jüdischen Einrichtungen

Im Nahbereich von jüdischen Einrichtungen im Berliner Stadtgebiet ist eine polizeilich bekannte männliche Person mit festgestellter Schuldunfähigkeit mehrfach in Erscheinung getreten. So wurde die Person am 18. November 2013 dabei angetroffen, als sie eine foto-technische Dokumentation eines jüdischen Kindergartens vornahm. Am 10. Dezember 2013 äußerte die ohne festen Wohnsitz im gesamten Bundesgebiet umherreisende Person gegenüber einer Lehrerin der Heinz-Galinski-Schule die Androhung, alle Juden umzubringen. Entsprechende Strafanzeigen wegen Bedrohung und Volksverhetzung wurden gefertigt. Die Ermittlungen hierzu dauern an. Gegen diese Person wurde am 16. Dezember 2013 eine Aufenthaltsverbotsverfügung für das Umfeld sämtlicher Einrichtungen und sonstigen Objekte der jüdischen Gemeinde zu Berlin im gesamten Stadtgebiet erwirkt.

3.4 Prognose

Im Jahr 2014 ist weiterhin mit der Begehung von Straftaten im Rahmen von thematischen oder auch gewaltsamen Auseinandersetzungen / Konfrontationen gegenüber politischen Gegnern und politisch Andersdenkenden zu rechnen. Es wird weiterhin eines der Hauptaktionsfelder der rechten Szene bleiben.

Auch die vermehrte Begehung fremdenfeindlicher Straftaten, darunter auch Delikte mit erheblicher Gewalt, ist für das Jahr 2014 in Betracht zu ziehen. Vor allem im Zusammenhang mit den fortgesetzten Zuweisungen von Asylsuchenden und Flüchtlingen nach Berlin und der damit verbundenen Eröffnung weiterer oder der Erweiterung bestehender Gemeinschaftsunterkünfte ist mit Straftaten aus fremdenfeindlichen Motiven im unmittelbaren Umfeld der Unterkünfte bzw. mit strafrechtlich relevanten Thematisierungen im Internet zu rechnen. Dies könnte folglich auch Auswirkungen auf das Fallaufkommen im Phänomenbereich PMK - rechts haben.

Darüber hinaus sind im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 seitens der NPD vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen um die Flüchtlingsproblematik und der sogenannten „Armutszuwanderung“ aus südosteuropäischen Ländern Aktionen in Form von themenbezogenen Plakaten oder Kundgebungen im Berliner Stadtgebiet zu erwarten.

Vorbehaltlich weiterer herausragender Ereignisse mit Bezug zur rechten Szene und dem zukünftigen Verhalten von „rechten“ Demonstrationsteilnehmern gegenüber Gegendemonstranten und der Polizei dürfte sich das Fallaufkommen PMK - rechts im Jahr 2014 in etwa auf dem Niveau des Berichtsjahres bewegen.

4. Politisch motivierte Kriminalität – links

4.1 Besondere Entwicklungen

4.1.1 Gentrifizierung und Stadtentwicklung

Kampagne „Berliner Liste“

Das Thema „Gentrifizierung“ ist seit Jahren zentrales Thema der linken Szene. In diesem Zusammenhang werden immer wieder Straftaten u.a. gegen Neubauprojekte, Hausverwaltungen und Bauherren etc. begangen.

Am 18. April 2013 wurde auf dem Internetportal linksunten.indymedia.org eine so genannte „Berliner Liste“ veröffentlicht auf der u. a. Eigentümer, Investoren, Vermieter und Objektentwickler benannt werden, welche aus Sicht der linken Szene für die „Verdrängung“ (Gentrifizierung) in der Stadt verantwortlich sind.

Am 25. April 2013 wurde auf der Internetplattform www.de.indymedia.org ein Selbstbezüglichungsschreiben veröffentlicht, in dem sich so genannte „begrüßer*innen der Berliner Liste“ zu einem Angriff auf das neugebaute Luxuswohnprojekt „The Garden“ in Berlin-Mitte bekennen. Nach Angaben der Verfasser wurde in der Nacht vom 24. April 2013 zum 25. April 2013 das „...Gebäude und verschiedene Werbeplakate mit Steinen und Farbe zerstört und mit Farbe geschwärzt.“ Als Grund wird die Verdrängung, Entmietung und Luxussanierung von Wohnraum genannt.

Insgesamt sind bislang 17 Fälle (Szenejargon: „Aktionen“) gegen Objekte bekannt geworden, welche im Themenzusammenhang mit der „Berliner Liste“ stehen, wobei es bereits vor der Veröffentlichung zu Straftaten, insbesondere in Form von Sachbeschädigungen und Beleidigungen, kam. Darüber hinaus kam es bereits im Vorfeld auch zu Versammlungen vor einigen Firmensitzen, die meist friedlich verliefen. In Einzelfällen begaben sich die

Versammlungsteilnehmer spontan in die Firmenräume, begingen vereinzelt Sachbeschädigungen und beleidigten Mitarbeiter.

Innerhalb der linken Szene, speziell von sogenannten „autonomen Gruppen“, wurden die „Berliner Liste“ und die gegen die dort benannten Objekte begangenen Straftaten sehr positiv bewertet.

Zwangsräumungen

In der Vergangenheit gab es bereits öffentlichkeitswirksame Protestversammlungen in Verbindung mit Blockadeversuchen, die hauptsächlich durch das Bündnis „Zwangsräumung verhindern“ koordiniert bzw. durchgeführt wurden. Diese führten zum wiederholten Male zum Abbruch von Vollstreckungsmaßnahmen durch die jeweiligen Gerichtsvollzieher.

Ihren bisherigen Höhepunkt erreichten die Aktivitäten gegen Zwangsräumungen im Zusammenhang mit der Räumung der Lausitzer Str. 8 in Berlin-Kreuzberg, die für den 14. Februar 2013 angesetzt war. Unter dem Motto „Zwangsräumung blockieren“ wurde bereits im Vorfeld vorrangig durch Stadtteil- und Mieterinitiativen, aber auch durch autonome Gruppierungen dazu aufgerufen, den Räumungstermin zu sabotieren. Die polizeilichen Maßnahmen wurden somit durch diverse Protestaktionen begleitet. Am und im nahen Umfeld des Objektes befanden sich zeitweise bis zu 800 Personen.

Nachdem der Räumungsbeschluss durchgesetzt wurde, bildete sich ein Spontanaufzug durch Kreuzberg mit mehr als 500 Teilnehmern. Dabei wurden Hindernisse auf die Fahrbahn verbracht, Sachbeschädigungen begangen und Polizeibeamte teils mit Steinwürfen angegriffen. Im zeitlichen und räumlichen Umfeld der Räumung gab es diverse weitere Straftaten, bei denen Autos, Autoreifen, Ampeln und Müllcontainer in Brand gesetzt wurden. Dadurch kam es zu temporären Beeinträchtigungen des Straßen- wie auch des öffentlichen Nahverkehrs. Insgesamt wurden 46 politisch motivierte Fälle im Themenzusammenhang „Räumung Lausitzer Str. 8“ registriert.

4.1.2 Asylrecht

Refugee-Protestcamp am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg

Auch im Jahr 2013 kam es im Zusammenhang mit dem Refugee-Protestcamp zu zahlreichen Demonstrationen, die mit Teilnehmerzahlen im zweistelligen bis unteren dreistelligen Bereich überwiegend friedlich und störungsfrei verliefen.

Vordergründig dient das Camp auf dem Oranienplatz (O-Platz) den Flüchtlingen als Protestort zur Thematisierung ihrer Situation (Unterkunft, Residenzpflicht, Abschiebung). Deren Situation wird neben den Betroffenen und deren Unterstützern/Sympathisanten auch von antirassistischen Initiativen und linken Gruppen thematisiert.

Folgende Aufzüge wurden u. a. im Themenzusammenhang durchgeführt:

- Aufzug „Fight Racism Now!“ am 25. Mai 2013

Der Aufzug setzte sich mit ca. 1.300 Personen auf der geplanten Wegstrecke in Bewegung und wurde nach einvernehmlicher Verkürzung der Wegstrecke auf dem Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg weitestgehend störungsfrei beendet. Es wurde lediglich ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz registriert.

- Nicht angemeldeter Aufzug „Solidemo für Flüchtlinge und Hamburg“ am 16. Oktober 2013

Unbekannte riefen am 16. Oktober 2013 auf der Internetplattform „Indymedia“ für 20:00 Uhr zu einer „Solidemo für Flüchtlinge und Hamburg“ auf, die am Lausitzer Platz in Berlin-Kreuzberg beginnen sollte. Eine Anmeldung erfolgte nicht. Bis 20:30 Uhr versammelten sich etwa 360, zum Teil gewaltbereite Angehörige der linken Szene auf dem Lausitzer Platz, um sich danach unvermittelt und zum Teil vermummt in Richtung Kottbusser Tor in Bewegung zu setzen. Dabei entfernten sich bis zu 100 Einzelpersonen vom eigentlichen Aufzug in Richtung Kottbusser Tor.

Hierbei kam es vereinzelt zu Sachbeschädigungen sowie zum Verbringen von Gegenständen auf die Fahrbahn. Ferner wurden die Scheiben zweier Einsatzfahrzeuge der Polizei zerstört sowie ein weiteres mit Flaschen beworfen. Immer wieder kam es in diesem Bereich wiederholt zu kurzfristigen Störungen des Straßenverkehrs, indem sich kleinere Personengruppen auf der Fahrbahn niederließen oder übermäßigen Lärm verursachten.

- Aufzug „Bleiberecht für Flüchtlinge in Berlin - Lampedusa in Berlin“, 23. Oktober 2013

Etwa 70 Teilnehmer starteten vom Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg aus einen Aufzug und erreichten nach mehreren Zwischenkundgebungen wieder den Oranienplatz. Dabei kam es vereinzelt zu versammlungstypischen Straftaten, wobei auch drei Polizeibeamte leicht verletzt wurden. Im Anschluss kam es zu einem Spontanaufzug mit bis zu 700 Teilnehmern von der Adalbertstraße in Berlin-Kreuzberg bis zum Platz der Luftbrücke in Berlin-Tempelhof. Der Aufzug hatte sich gebildet, weil anlässlich des ersten Aufzuges Personen festgenommen und zur Gefangenen-sammelstelle am Tempelhofer Damm verbracht worden waren. Gegen 02:30 Uhr wurde der Aufzug für beendet erklärt. In diesem Zusammenhang kam es ebenfalls zu versammlungstypischen Straftaten, u. a. wurde ein Polizeibeamter verletzt.

- Amtshilfe für das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und Spontanaufzug am 24. November 2013

Ein Teil der protestierenden Flüchtlinge äußerte im Vorfeld bzw. während der Diskussion um eine humanitäre Lösung der Situation auf dem O-Platz, nicht in eine winterfeste Unterkunft ziehen zu wollen, da ihnen der politische Protest vor Ort wichtiger sei. Am 24. November 2013 erfolgte ein Teilumzug der Bewohner des Protest Camps O-Platz in die Unterkunft in Residenzstraße in Berlin-Mitte sowie in

zwei weitere Unterkünfte. Nachdem die Bezirksbürgermeisterin den am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg verbliebenen Personen die Beendigung der Duldung für das Protestcamp (mit Ausnahme des Info-Zeltes) mitteilte und sie aufforderte, das Camp zu verlassen, führte dies umgehend zu erheblichem Unmut. Im Zuge der Amtshilfe wurde die Polizei um Beseitigung des zurückgebliebenen Abfalls sowie um Unterstützung beim Abbau und Abtransport der sonstigen zurückgelassenen Gegenstände gebeten. Zwischenzeitlich hatten sich ca. 250 Personen am Oranienplatz gesammelt so dass die Maßnahmen der Polizei eingestellt wurden. Am Abend formierten sich ca. 250 Personen auf der Oranienstraße und führten einen Spontanaufzug über die umliegenden Straßen mit bis zu 500 Personen durch. Gegen eingesetzte Polizeikräfte wurde durch unbekannt gebliebene Täter Reizgas eingesetzt, des Weiteren wurden sie mit Flaschen und Gegenständen beworfen. Dabei wurden mehrere Beamte verletzt.

Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende

Durch die Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende in Hellersdorf im August 2013 wurde und wird das Thema „Asylproblematik“ sehr kontrovers diskutiert. Es konnte bei den Befürwortern, den Gegnern und den Anwohnern ein hoher Emotionalisierungsgrad festgestellt werden.

Nach Bekanntwerden der Planungen zu einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende in der Carola-Neher-Str. wurde eine „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ bekannt, die aufgrund von Einträgen auf ihrer Facebook-Seite als Zusammenschluss von Gegnern der Gemeinschaftsunterkunft erkennbar war. Diese mobilisierte bereits im Vorfeld, u. a. durch eine medienwirksame Informationsveranstaltung am 9. Juli 2013 mit dem Slogan „Nein zum Heim“ gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Bezirk. Seitdem wurden sowohl vor Ort als auch über die Medien verbale und plakative Aus-

einandersetzungen zwischen Gegnern und Befürwortern des Heims ausgetragen. Auf Seiten der Heimbefürworter engagierten sich neben verschiedenen politischen Parteien und Flüchtlingsinitiativen zunehmend auch Teile der autonomen Antifaszene.

Zu den Protesten gegen die Veranstaltungen der NPD und „pro Deutschland“ wurden innerhalb kürzester Zeit Teilnehmer im oberen dreistelligen Bereich mobilisiert, welche sich aus der linken Szene und dem bürgerlichem Spektrum rekrutierten. Sie waren teilweise von einer deutlich höheren Aggressivität geprägt als sonst. So kam es bei „rechten“ Kundgebungen am 20. und 24. August 2013 von „linker“ Seite immer wieder zu Durchbruchversuchen, wobei mit Steinen und Flaschen nach „rechten“ Teilnehmern sowie auf eingesetzte Polizeibeamte geworfen wurde. Unter anderem wurde am 20. August 2013 in Folge von Auseinandersetzungen einem Zivilpolizisten durch einen Schlag mit der Flasche das Gesicht zertrümmert, so dass die Gefahr bleibender Schäden drohte. Darüber hinaus fanden u. a. folgende Demonstrationen statt:

- Am 3. Oktober 2013 fand unter dem Motto „Für eine solidarische Gesellschaft“ eine Demonstration mit etwa 500 Teilnehmern quer durch Hellersdorfer Plattenbausiedlungen statt. Eine besondere Note erhielt die Demonstration durch einen Aufruf auf der Facebook-Seite der „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“, den Aufzug quasi zu „unterwandern“, um „linke Gewalttäter aus der Deckung zu holen“. Tatsächlich wurden im Umfeld der Demonstration amtsbekannte Rechtsextremisten festgestellt. Vor diesem Hintergrund wurde das Anlegen von Vermummung im linken Aufzug begründet.
- Am 26. Oktober 2013 mobilisierte die „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ zu einer Versammlung, an der bis zu 140 Personen, darunter 85 Personen der rechten Szene mit dem Landesvorsitzenden der Berliner NPD, teilnahmen. Dagegen mobilisierten die Befürworter, u. a. Vertreter verschiedener Parteien und der linken Szene, ihre Anhänger, um an sieben Kundgebungsorten mit bis zu 380 Personen den Auf-

zug zu blockieren. Dabei kam es zu versammlungstypischen politisch motivierten Straftaten.

4.1.3 Repression

Auch 2013 zeigte sich, dass der Kampf gegen „staatliche Unterdrückung“ durch Polizei, Justiz und Politik einen Schwerpunkt innerhalb der linken Szene bildet.

Im Rahmen einer initiierten Kampagne namens „Camover“ wurde im Januar 2013 dazu aufgerufen, Überwachungskameras zu zerstören und dies in Form eines Wettbewerbs bis zum Beginn des Polizeikongress durchzuführen. In diesem Zusammenhang wurden Sachbeschädigungen und Diebstähle von/an Kameras im Berliner Stadtgebiet festgestellt. Der 16. Polizeikongress war zudem Anlass für folgende Brandstiftungen:

- Am Freitag, den 4. Januar 2013 wurde in Berlin-Friedrichshain ein Servicefahrzeug der Deutschen Telekom AG (in Brand gesetzt. In einem Selbstbeichtigungsschreiben (SBS) stellen die unbekannten Verfasser diese Aktion in den Zusammenhang mit dem jährlich in Berlin stattfindenden Europäischen Polizeikongress. Die Telekom soll „seit Jahrzehnten im Bereich der militaristisch Aus- und Aufrüstung verdienen und zudem eine erhebliche Rolle auf dem Gebiet der Überwachung von Telekommunikation spielen“. Zudem wird in dem Schreiben die „Beteiligung des Telekomkonzerns am Bau von Kriegsschiffen“ angeprangert und die „Arbeitsbedingungen bei den ausländischen Tochterfirmen, wie der ORT in Griechenland.“
- Am Dienstag, den 29. Januar 2013 setzten unbekannte Täter fünf Fahrzeuge des Ordnungsamtes Berlin-Mitte und ein Fahrzeug des Grünflächenamtes in Brand. Die Fahrzeuge waren anhand ihrer Beschriftung eindeutig zuzuordnen. Des Weiteren wurde eine Flasche mit einer schwarzen zähflüssigen Flüssigkeit gegen das Gebäude geworfen. Es wurde beobachtet wie sich ca. zehn dunkel gekleidete und maskierte Personen vom Tatort entfernten. In einem SBS beziehen sich die Verfasser

mit dem Namen „Autonome Gruppen“ auf den 16. Internationalen Polizeikongress. Im weiteren Verlauf des SBS wird auf die tägliche Repression der Polizei und des Ordnungsamtes eingegangen.

- Am 13. Februar 2013 wurde durch unbekannte Personen in Berlin-Mitte, ein Firmenfahrzeuges der Fa. THYSEN-KRUPP-AUFZÜGE in Brand gesetzt. Das Feuer konnte mittels Feuerlöscher gelöscht werden. Auch diese Tat wurde durch Verfasser eines SBS in die Begründungszusammenhänge „Repression“ und „Antimilitarismus“ gestellt.
- Unbekannte Täter setzten am 22. Juli 2013, in der Nähe des Görlitzer Parks in Berlin-Kreuzberg vier Fahrzeuge jeweils im Frontbereich in Brand. Die Verfasser des SBS stellen die Taten in die Begründungszusammenhänge „Repression“ und „Antirasismus“.

Im Themenzusammenhang fanden auch im Berichtsjahr mehrere Demonstrationen statt. Am 16. Februar 2013 versammelten sich etwa 650, teilweise verummte, Personen mit einem Fronttransparent in der Köpenicker Straße in Berlin-Mitte und bewegten sich zunächst geschlossen in Richtung Heinrichplatz. Dabei wurde u. a. Pyrotechnik (Bengalos) entzündet. Herangeführte Einsatzkräfte der Polizei wurden auf dem Heinrichplatz sofort mit Steinen beworfen. Hindernisse wurden auf die Fahrbahnen mehrerer Straßen verbracht und teilweise in Brand gesetzt. Im weiteren Verlauf wurden mehrere Pkw sowie Scheiben der Bundesdruckerei, von Bushaltestellen sowie zweier Sparkassenfilialen beschädigt. Ein geschlossener Aufzug konnte in der Folgezeit verhindert werden, jedoch agierten Störergruppen im gesamten Bereich und begingen Straftaten. Diese Kleingruppen zerstreuten sich regelmäßig bei der Annäherung von uniformierten Polizeikräften und schlossen sich an anderen Orten wieder zusammen. In den späteren Abendstunden bildete sich in der Oranienstraße ein Spontanaufzug mit etwa 100 Personen. In der Nacht sam-

melten sich ca. 100 Personen im Bereich der Rigaer Straße in Berlin-Friedrichshain, die sich jedoch bei Eintreffen von Polizeikräften entfernten.

4.2 Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen

4.2.1 „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB)

Zu den festen Jahresevents der im Jahr 2007 gegründete „Antifaschistischen Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB) zählen insbesondere die „Rosa-Luxemburg-und-Karl-Liebknecht-Demo“ in Berlin, der sog. „Trauermarsch“ in Magdeburg (beide im Januar), der 1. Mai in Berlin, der Antikriegstag in Dortmund im September und die „Silvio-Meier-Demo“ in November in Berlin. Außerdem pflegt die Gruppe Kontakte zur Antifa Burg, zur Antifa Magdeburg und zur Gruppierung RSH („rote Szene Hamburg“). Bei Veranstaltungen und/oder Demonstrationen von und mit diesen Gruppen reiste zumindest ein Teil der ARAB zur Unterstützung an.

Auch im Berichtsjahr sympathisierten Teile der ARAB mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und traten vermehrt als Versammlungsteilnehmer in Erscheinung.

4.2.2 „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB)

Die ALB beging im Berichtsjahr ihren zehnten Geburtstag. Sie war Mitorganisatorin des „antiautoritären Blocks“ auf der traditionellen „Rosa-Luxemburg-und-Karl-Liebknecht-Demo“ im Januar und mobilisierte u. a. sowohl zum 1. Mai als auch zur Silvio-Meier-Demo im November. In diesem Zusammenhang war die ALB Mitinitiatorin bezüglich der Umbenennung der Gabelsberger Straße in Silvio-Meier-Straße in Berlin-Friedrichshain in Gedenken an den vor 21 Jahren ermordeten linken Antifaschisten.

Weiterhin befasste die ALB sich mit dem NSU-Skandal, zeigte sich mit den Refugees am Oranienplatz solidarisch und bezog Stellung gegen die „rassistische Hetze“ in Bezug auf das Asylbewerberheim in Hellersdorf.

4.3 Herausragende Ereignisse

Direkte Aktionen zum Nachteil mehrerer Jobcenter und der Landesvertretung der SPD

In der Nacht vom 2. zum 3. Mai 2013 kam es an sieben Jobcentern und der Landesvertretung der SPD zu Straftaten durch Personen der linken Szene. Dabei wurden u. a. mit Farbe gefüllte Gegenstände geworfen bzw. mit Teer gefüllte Feuerlöscher auf die Fassaden entleert und eine Vielzahl von Fensterscheiben zerstört. In einem Fall setzten die Täter die Eingangstür mit Brandbeschleuniger in Brand.

An einem Tatort konnte eine Tatverdächtige vorläufig festgenommen werden. Im Rahmen umfangreicher Ermittlungen konnten sechs weitere Personen festgestellt werden, gegen die zunächst ein Anfangsverdacht angenommen wurde, jedoch nicht aufrechterhalten werden konnte. Auf dem Internetportal indymedia wurde ein Selbstbezeichnungsschreiben veröffentlicht, in welchem thematisch auf den 1. Mai, Kapital, Hartz IV-Problematik, Zwangsumzüge und Gentrifizierung eingegangen wurde.

Versuchter Mord zum Nachteil von Polizeibeamten

Am 7. Juni 2013 attackierte in Berlin-Kreuzberg eine ca. 40 - 50-köpfige, verummte Personengruppe mit Flaschen-, Stein-, Farbbeutel- und Pyrotechnikwürfen (darunter befanden sich auch mit Brandbeschleunigern gefüllte Flaschen) vor Ort befindliche Polizeibeamte, welche eine Personenüberprüfung durchführten. Eine gefüllte Flasche mit Brandbeschleuniger verfehlte nur knapp drei Beamte, eine weitere Flasche traf eine Beamtin und benetzte diese stark mit einer nach Benzin riechenden Flüssigkeit. Zusätzlich konnte die Beamtin im unmittelbaren Nahbereich einen Brandherd auf dem Gehweg wahrnehmen.

Eine weitere Flasche mit Brandbeschleuniger schlug direkt vor einem Gruppenwagen auf, welcher dadurch kurze Zeit in Flammen stand. Zudem beschädigten diverse Stein- und Farbbeutelwürfe den Gruppenwagen. Ebenfalls brannten kurze Zeit diverse Gegenstände, die sich auf der Fahrbahn befanden.

Straftat zum Nachteil einer amtsbekannten Person aus der rechten Szene

Am 15. November 2013 wurde ein 31-jähriger Mann von mindestens vier unbekannt gebliebenen Tätern attackiert und niedergeschlagen. Auch als das Opfer bereits auf dem Boden lag, schlugen die Täter weiterhin auf ihn ein und entwendeten zusätzlich sein Handy. Das Opfer erlitt bei dem Überfall schwere Verletzungen, die stationär behandelt wurden. Aufgrund der Tatsache, dass es sich bei dem Opfer um eine amtsbekannte Person aus der rechten Szene handelt, wird von einer politischen Tatmotivation ausgegangen.

Brandanschlag auf einen Hauptsendemast des Telefonanbieters Vodafone

Am 28. November 2013 kam es durch unbekannte Täter zu einem Brandanschlag auf einen Hauptsendemast des Netzbetreibers Vodafone. Dabei wurden mehrere Brandsätze auf den Kabelzuleitungen abgelegt. Ein Brandsatz setzte um und verursachte durch die Brandzehrung einen Schaden von ca. 120.000 Euro. Der zweite Brandsatz erlosch, bevor er komplett umsetzte.

Am 29. November 2013 wurde auf der Internetseite indymedia ein Selbstbezeichnungsschreiben veröffentlicht, welches den Anschlag thematisch in den Zusammenhang „Anti-Repression“/„Anti-Überwachung“ stellt. Das SBS ist mit „Vulkangruppe Katla“ unterzeichnet und stellt damit Bezüge zu schon vergangenen Brandanschlägen auf die Deutsche Bahn in den Jahren 2011 und 2013 her.

Brandanschlag auf Fahrzeuge der türkischen Botschaft

Zwei Fahrzeuge der Marke BMW, die von Angehörigen der türkischen Botschaft im Umfeld ihrer Wohnanschrift in Berlin-Mitte abgestellt waren, wurden wenige Minuten vor dem Jahreswechsel am 31. Dezember 2013, durch unbekannte Täter in Brand gesetzt. Die Fahrzeuge waren durch ihre Kennzeichen als Fahrzeuge der türkischen Botschaft zugehörig zu erkennen. Ein Selbstbeichtigungsschreiben auf der linksextremen Internetseite „linksunten/indymedia“ stellt die Tat in Zusammenhang mit den Geschehnissen in der Türkei und damit thematisch in den Bereich „Anti-Repression“.

4.4 Prognose

Auch zukünftig wird sich die linke Szene der Themen Anti-Rassismus, Gentrifizierung Asyl- und Flüchtlingspolitik und Antifaschismus annehmen. Dabei wird sich der „Trend“ zur Durchführung sogenannter „direkter Aktionen“³ vermutlich fortsetzen.

Das gewaltbereite linksextremistische Spektrum wird in der Außenwirkung durch die autonome Szene geprägt. Sie charakterisiert eine hohe Bereitschaft zur Gewaltanwendung und eine Verweigerungs- und Protesthaltung gegenüber den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, die von Teilen als faschistisch bzw. imperialistisch empfunden werden. Folglich sind bei Demonstrationen unter Beteiligung des autonomen Spektrums immer wieder veranstaltungstypische Straftaten zu erwarten.

Zuletzt gelang es der linken Szene in Berlin nicht mehr, eine „Massenmilitanz“ bei Versammlungslagen in Berlin zu „erzeugen“.

³ Als „direkte Aktion“ wird die Begehung von Straftaten durch Einzeltäter oder Kleingruppen bezeichnet, die ohne konkreten Veranstaltungsanlass bei geringem Entdeckungsrisiko und einer zu erwartenden hohen Öffentlichkeitswirksamkeit begangen werden.

Mittlerweile muss jedoch davon ausgegangen werden, dass in einzelnen Teilen der autonomen Szene ein latenter, tiefgehender Hass auf Polizeibeamte vorliegt. Dies führt dazu, dass einzelne Aktionen durchaus darauf ausgerichtet sind, auch Personen, die die Repressionsorgane verkörpern, gezielt anzugreifen und eine Gefahr für Leib oder Leben dieser Personen zumindest in Kauf zu nehmen.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 sind vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen um die Flüchtlingsproblematik und der sogenannten „Armutszuwanderung“ aus südosteuropäischen Ländern seitens der NPD Kundgebungen im Berliner Stadtgebiet zu erwarten. Erfahrungsgemäß führen Kundgebungen der rechten Szene regelmäßig zu Gegenveranstaltungen des bürgerlichen Spektrums sowie vor allem der „linken Szene“, in deren Verlauf regelmäßig politisch motivierte Straftaten begangen werden.

5 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

5.1 Politisch motivierte Ausländerkriminalität ohne Bezüge zum Islamismus

5.1.1 Besondere Entwicklungen

PKK/Kurden

Auch im Jahr 2013 fanden bundesweit wieder verschiedene Aufzüge und Kundgebungen bezüglich des Schicksals von Abdullah Öcalan am 15. Februar 1999 in Nairobi/Kenia statt. In Berlin gab es im Berichtsjahr vier Veranstaltungen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzten.

- Am 6. April 2013 fand unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan“ eine angemeldete Kundgebung mit 140 Teilnehmern auf dem Alexanderplatz in Berlin statt. Von einer mobilen Bühne wurde Musik abgespielt und themenspezifische Lieder gesungen. Mehrmals wurden verbotene kurdische Parolen mit Bezug zu Abdullah Öcalan skandiert. Neben kurdischen Fahnen und themenbezogenen Transparenten wurden mehrere Portraitbilder von Abdullah Öcalan gezeigt. Während polizeilicher Maßnahmen kam es zu einer Widerstandshandlung und einer versuchten Gefangenbefreiung.

Anlässlich des 20. Jahrestages des Betätigungsverbots der PKK fand in Berlin eine angemeldete Großveranstaltung statt, bei der sich die Veranstaltungsteilnehmer auch wieder mit dem Thema Abdullah Öcalan auseinandersetzten. So versammelten sich am 16. November 2013 unter dem Motto „Den Friedensprozess in Kurdistan fördern. Aufhebung des PKK-Verbots. Freiheit für Abdullah Öcalan“ 5500 Teilnehmer in Berlin-Mitte. Unter den

Versammlungsteilnehmern befanden sich ca. 150 Personen der linken Szene. Im Verlaufe des Aufzuges kam es vereinzelt zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz. Neben einem auf der Bühne hängenden Konterfeis von Abdullah Öcalan wurden auf der Veranstaltung verbotene Fahnen und Symbole gezeigt. Die Stimmung war von Beginn des Aufzuges sehr emotional, was sich u. a. durch das lautstarke Skandieren von Parolen äußerte.

Die Veranstaltungen im Berichtsjahr verliefen in Berlin trotz hoher Anzahl und deutlicher Emotionalisierung der Teilnehmer weitestgehend friedlich.

Im Jahr 2013 nahmen zunehmend wieder Personen der linken Szene, insbesondere von der „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB), an den Versammlungen teil, durch die im Vorfeld auf den entsprechenden Internetforen auch mobilisiert wurde. Einige der auf diesen Versammlungen begangenen Straftaten sind den Angehörigen der linken Szene zuzurechnen.

Die Ermordung der drei hochrangigen weiblichen PKK-Aktivistinnen am 5. Januar 2013 in Paris führte in Berlin zwar zu Demonstrationen jedoch nicht zu politisch motivierten Straftaten.

Syrien

Seit dem Frühjahr 2011 entwickelte sich aus Demonstrationen gegen die syrische Regierung ein Bürgerkrieg, der bislang mehr als 100.000 Todesopfer gefordert hat. Mehr als zwei Millionen Syrer sind aus dem Land geflohen, 4,25 Millionen weitere sind innerhalb Syriens auf der Flucht.

Eine anfangs relativ geschlossene Front gegen das Assad-Regime, hat sich in immer mehr untereinander verfeindete Gruppen zergliedert. Eine einheitliche Opposition ist faktisch nicht vorhanden. Islamisten spielen eine nicht unbedeutende Rolle. Menschenrechtsverletzungen werden sowohl Regierungstruppen als auch Oppositionellen angelastet. In Syrien

lebende Kurden sind auf dem Weg, sich einen autonomen Status (ähnlich wie im Irak) zu erarbeiten. Alles in Allem ist die Lage sehr unübersichtlich und von außen nicht abschließend zu beurteilen.

Trotz des andauernden und von allen Seiten brutal geführten Konfliktes in Syrien ist das Demonstrationsgeschehen in Berlin eher zurückgegangen. Nachdem der syrische Botschafter im Juni 2012 zusammen mit seiner Familie in Folge des Massakers von Hula aus Deutschland ausgewiesen wurde, war der Betrieb der Botschaft nach hiesiger Kenntnis auch im Berichtsjahr auf das äußerste Minimalmaß zurückgefahren, was u.U. die Ursache dafür sein könnte, dass keine Oppositionellen mehr Versammlungen im Nahbereich der diplomatischen Vertretung durchführen.

Insgesamt wurden im Jahr 2013 58 themenbezogene Versammlungen durchgeführt. Sieben Demonstrationen waren pro Assad und 13 richteten sich gegen den syrischen Machthaber. Darin sind zwei Demonstrationen gegen den Pro Assad-Kurs der Russischen Regierung und eine Versammlung gegen die Türkei, die einen Contra Assad-Kurs verfolgt, enthalten. 38 Veranstaltungen sind keinem konkreten Lager zuzuordnen. Die Teilnehmerzahlen bewegten sich vom mittleren zweistelligen bis zum oberen zweistelligen Bereich und lagen damit in der Regel weit unter den Erwartungen der Organisatoren. Alle Versammlungen verliefen grundsätzlich gewaltfrei, führten jedoch zum Teil zur Begehung politisch motivierter Straftaten.

Iran

Die Lage im Iran war 2013 geprägt von den Präsidentenwahlen, aus denen Hassan Rohani im Juni als Sieger hervorging. Seit dieser Zeit deutet sich eine leichte Entspannung im Verhältnis des Iran zu den westlichen Demokratien an.

Die Versammlungslage in Berlin spiegelt das wider. Herausragende Themen sind die Solidarität mit den politischen Gefangenen, Proteste gegen Hinrichtungen und mit großer

Mehrheit Solidaritätsaktionen mit den Flüchtlingen in den Camps Ashraf und Liberty, die in der Regel als Dauermahnwachen durchgeführt werden.

Im Zusammenhang mit diesen Versammlungen konnten keine politisch motivierten Straftaten verzeichnet werden. Gleichwohl kam es in zwei Fällen zu Verleumdungen bzw. Bedrohungen zum Nachteil iranischer Oppositioneller, die in Berlin wohnhaft sind.

Israel- Palästinenser- Konflikt

Die Auswirkungen auf Berlin waren im vergangenen Jahr nur gering. Es gab nur wenige themenbezogener Demonstrationen mit geringen Teilnehmerzahlen.

Als herausragend ist in diesem Zusammenhang die jährliche Demonstration zum Quds-Tag zu nennen. An diesem Aufzug am 3. August 2013 nahmen ca. 850 Personen teil, an zwei Gegendemonstrationen beteiligten sich ca. 60 und 150 Personen. Wie in den Jahren zuvor herrschte zwischen den Teilnehmern der Quds-Demonstration und den Teilnehmern der Gegendemonstrationen eine gereizte bis aggressive Stimmung, Auseinandersetzungen oder herausragende Vorkommnisse waren nicht zu verzeichnen.

Beim Trennen der Versammlungsteilnehmer wurde ein Polizeibeamter durch einen Teilnehmer der Quds-Demo angegriffen und verletzt.

Türkei

Der Streit um ein Bauprojekt im Gezi-Park in Istanbul entfachte im Jahr 2013 in der Türkei Proteste. Nach dem gewaltsamen Einschreiten der türkischen Polizei schlugen die zunächst friedlichen Proteste in unruheartige Auseinandersetzungen um. Im Zuge der Unruhen in der Türkei gerieten zunehmend die Politik der regierenden Partei der AKP und der Ministerpräsident Erdogan in die Kritik.

Im thematischen Zusammenhang fanden in der Zeit vom 31. Mai bis 8. Juli 2013, mit Schwerpunkt im Monat Juni, insgesamt 42 Versammlungen und Aufzüge statt, die überwiegend ohne Vorkommnisse verliefen. Bei fünf dieser Veranstaltungen kam es zu versammlungstypischen Straftaten.

Fast alle Straftaten wurden durch Teilnehmer der linken Szene begangen.

5.1.2 Herausragende Ereignisse

Schwere Brandstiftung

Am 10. Januar 2013 warfen unbekannte Täter zwei Brandsätze gegen die Fassade des ehemaligen Botschaftsgebäudes der Türkei in Berlin-Mitte. Ein Brandsatz landete auf dem Vordach des Gebäudeeingangs, der zweite traf die Fassade. Beide Brandsätze setzten nicht um. Die auf dem Vordach entstandene Flamme erlosch selbständig. Da sich die Botschaft zum Tatzeitpunkt im Umzug befand, war das Gebäude nur durch einen Sicherheitsmitarbeiter besetzt. Es wurden keine Personen verletzt und die Haussubstanz nicht angegriffen. Die Täter konnten unerkannt flüchten.

Besonders schwerer Landfriedensbruch

Während der Demonstration „One Struggle - one fight - Solidarität kennt keine Grenzen“ am 13. Juli 2013 kam es zwischen kurdischen Versammlungsteilnehmern und ca. 15 Personen, die sich vor einem türkischen Vereinsheim in Berlin-Kreuzberg befanden, zu Auseinandersetzungen. Aus der Personengruppe vor dem Vereinsheim wurde ein Handzeichen (Symbolisieren eines „Wolfskopfes“) der „Grauen Wölfe“ gezeigt, wodurch sich die Aufzugsteilnehmer provoziert fühlten. Dadurch kam es zu Tritten, Schlägen und Steinwürfen zwischen den Aufzugsteilnehmern und dieser Personengruppe. Als die Personengruppe vor dem Vereinsheim von den Beamten umringt und in die Räumlichkeiten zurückgedrängt wurde, kam es zu weiteren Steinwürfen in Richtung der Demonstrationsteilnehmer.

5.1.3 Prognose

Auch im Berichtsjahr konnte eine Abkehr der PKK-Führung von dem Konzept des grundsätzlichen Gewaltverzichts in Westeuropa nicht festgestellt werden. Die Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden der PKK, Abdullah ÖCALAN, und der türkischen Regierung erbrachten für die Kurden noch keine zufriedenstellenden Ergebnisse, so dass ein Abbruch der Gespräche und eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in 2014 nicht auszuschließen sind. Damit könnte dann auch wieder eine zunehmende Mobilisierungsbereitschaft für Veranstaltungen und andere Aktionen einher gehen, was sich auch in den entsprechenden Fallzahlen niederschlagen könnte. Denn nach wie vor ist davon auszugehen, dass ein Teil der kurdischen Jugend durch Veranstalter von Versammlungen und der YEK-KOM oder ihr nahe stehender Vereine nicht oder nur bedingt steuerbar ist.

Auch die weitere Entwicklung in Syrien könnte Auswirkungen in Form von Straftaten oder emotional geführten Protesten in Berlin haben. Eine Beruhigung der Lage in Syrien ist gegenwärtig nicht absehbar.

Sollte der Nahost-Konflikt neu aufflammen, könnte dies in Berlin vermehrt zu themenbezogenen Straftaten führen. Gleiches gilt bei einer möglichen Verschärfung der Konflikte in der Türkei.

5.2 Islamistischer Extremismus/Terrorismus

5.2.1 Besondere Entwicklungen

Seit Beginn des Syrienkonfliktes haben sich die Ausreisen zu den weltweiten Jihadschauplätzen zunehmend aus den bisherigen Gebieten nach Syrien verlagert. Syrien stellt dabei insbesondere für Islamisten europäischer Herkunft einen Anziehungspunkt dar. So sind im Berichtsjahr vermehrt Anhänger des islamistischen Personenspektrums Richtung Syrien gereist, um vor Ort beispielsweise an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang kommt sozialen Medien im Rahmen der Propaganda, Radikalisierung, Vernetzung und Rekrutierung von Personen besondere Bedeutung zu.

Im LKA Berlin werden in diesem Zusammenhang mehrere Strafverfahren wegen des Verdachts der Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten gemäß § 89a StGB geführt.

5.2.2 Herausragende Ereignisse mit Islamismus-Bezug

Benefizveranstaltung für Syrien und begleitende Gegenveranstaltungen

Am 13. Januar 2013 sollte in den Festsälen „Gloria“ und „EKOL“ im Kreuzberger VICOM Veranstaltungszentrum eine öffentliche „Benefizveranstaltung für Syrien mit religiösen Vorträgen“ durchgeführt werden. Allgemein und innerhalb der islamistisch-salafistischen Szene wurde diese Veranstaltung mit namhaften und bekannten salafistischen Referenten u. a. auf YouTube und in sozialen Netzwerken wie Facebook angekündigt und beworben. Auch die Berliner Printmedien berichteten kontrovers bis kritisch über die geplante Veranstaltung.

Durch den Betreiber des VICOM Veranstaltungszentrums wurde hierauf der bestehende Mietvertrag für die Benefizveranstaltung aufgekündigt.

Als Reaktion auf die vorgenannte Veranstaltung meldete die Bürgerbewegung „pro Deutschland“ ebenfalls für den 13. Januar 2013 eine Gegenversammlung mit dem Thema „Grundgesetz statt Scharia!“ vor dem VICOM Veranstaltungszentrum an. Es wurde angekündigt, islamkritische Reden zu halten und die bereits bekannten Mohammed-Karikaturen in Plakatform zu zeigen.

Als „Ersatz“ für die abgesagte Benefizveranstaltung wurde eine Versammlung unter freiem Himmel u. a. zum „Gedenken an die Opfer von Syrien“ durchgeführt. Dazu versammelten sich vor dem ursprünglichen geplanten Veranstaltungsort 60 bis 70 Personen. Darunter befanden sich zahlreiche bekannte Personen des jihad-salafistischen Spektrums Berlins sowie aus dem Bundesgebiet. Die als Redner angekündigten führenden Prediger des salafistischen Spektrums traten nicht auf. Die Veranstaltung verlief störungsfrei und wurde am Mittag durch den Anmelder abgebrochen. Im Anschluss wurde per Handzettel, SMS und Facebook für eine Ausweichveranstaltung in den Räumen des Neuköllner „Sato City-Veranstaltungszentrums“ geworben.

Die Gegenveranstaltung von „pro Deutschland“ fand am 13. Januar 2013 ebenfalls statt. Es wurden verschiedene Redebeiträge gehalten und Plakate mit islamkritischem Inhalt gezeigt, u. a. auch die bekannten Mohamed-Karikaturen. An der Versammlung beteiligten sich ca. 15 Personen. Auch diese Veranstaltung verlief störungsfrei.

Das Zeigen islamkritischer Karikaturen und die Schmähung des Propheten Mohamed stellt vor allem in salafistischen Kreisen eine gezielte Provokation dar und wird als Teil des Kreuzzuges gegen den Islam verstanden.

Ein Aufeinandertreffen beider Gruppen und wechselseitige Provokationen am Veranstaltungstag konnten jedoch durch eine hohe Polizeipräsenz vermieden werden.

Aufgrund der Ereignisse in Solingen am 1. Mai und in Bonn am 5. Mai 2012 sowie dem von „pro NRW“ im Mai 2012 initiierten islamkritischen Mohamed-Karikaturen-Wettbewerbes bestand öffentliches Interesse an beiden Veranstaltungen. Es befanden sich mehrere Medienvertreter vor Ort.

Elektronische Überwachung des Aufenthaltsortes (Einsatz einer sog. „elektronischen Fußfessel“)

Der Polizeiliche Staatsschutz musste sich im März 2013 auf den berlinweit ersten Einsatz einer elektronischen Überwachung des Aufenthaltsortes, der so genannten „elektronischen Fußfessel“ einstellen. Mit dieser Maßnahme sollen entlassene Straftäter überwacht werden, die weiter als gefährlich gelten und daher unter Aufsicht stehen. Die Fußfessel unterstützt dabei die Kontrolle des Haftentlassenen hinsichtlich der durch ihn einzuhaltenden Auflagen.

Der zur islamistischen Terrorszene zu rechnender Ex-Häftling Rafik Y., der eine langjährige Haftstrafe wegen der Beteiligung an einem versuchten Attentat auf den ehemaligen irakischen Ministerpräsidenten Iyad Alawi verbüßt hat, darf sich in Berlin nur mit einer derartigen Fußfessel bewegen. Das Gericht ordnete für den 38-Jährigen eine fünfjährige Führungsaufsicht und die elektronische Aufenthaltsüberwachung an, da von einer Gefährdung der Allgemeinheit durch die Begehung weiterer erheblicher Straftaten durch Rafik Y. ausgegangen wurde. Es verbot außerdem die Kontaktaufnahme zu früheren Bekannten aus dem islamistischen Spektrum.

Sein Name wird auch in der offiziellen Terrorliste der UN geführt. Aus diesem Grund unterliegt er seit Dezember 2005 den strengen UN-Sanktionen in Hinblick auf seine finanzielle Situation und auf beabsichtigte Reisen.

Der Betroffene hält trotz der langjährigen Haftstrafe unvermindert an seinen fundamentalistischen Ansichten fest.

Al Qaida-Unterstützer verurteilt

Am 8. November 2013 hat der 1. Strafsenat des Kammergerichts einen 36-jährigen Mann wegen Werbens für Mitglieder und Unterstützer für eine terroristische Vereinigung im Ausland zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt. Der aus dem Libanon stammende Angeklagte Ghaleb Abu A. hat nach den Feststellungen des Gerichts in der Zeit von April bis September 2009 insgesamt vier Videofilme hergestellt bzw. bearbeitet und ins Internet gestellt, in denen um Unterstützung für die weltweiten terroristischen Aktivitäten von „Al Qaida“ geworben wird.

Das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig, da Abu A. das Rechtsmittel der Revision eingelegt hat. Die Revision liegt dem BGH vor, mit einer Entscheidung ist im Laufe des Jahres 2014 zu rechnen.

5.2.3 Prognose

Da mit einem baldigen Ende der Auseinandersetzungen in Syrien nicht zu rechnen ist, werden auch weiterhin Islamisten aus dem Berliner Raum versuchen nach Syrien auszureisen, um sich dort aktiv an Kampfhandlungen zu beteiligen oder als humanitäre Hilfe deklarierte, monetäre und logistische Unterstützung für jihadistische Gruppierungen und Organisationen zu leisten.

Eine Veränderung der derzeitigen Lage im Bereich islamistischer Extremismus/Terrorismus zeichnet sich daher nicht ab.

6 Sonstige/Nicht zuzuordnen

6.1 Besondere Entwicklungen

6.1.1 Stadtentwicklung

Baumaßnahmen an der East Side Gallery

Am 28. Februar 2013 wurde durch ein Bauunternehmen damit begonnen, Teile des ehemaligen Mauerstreifens, (sogenannte „East Side Gallery“) zu entfernen, um den dortigen Baugrund für geplante und genehmigte Baumaßnahmen vorzubereiten. Dies führte zu zahlreichen Protesten in der Berliner Bevölkerung.

- Am 1. März 2013 versammelten sich ca. 200 Personen in Berlin-Friedrichshain, um gegen den Teilabriss der East Side Gallery zu protestieren. Dabei wurden auch Transparente der Initiative „Mediaspree versenken“ gezeigt. Vereinzelt kam es dabei zu Straftaten, wie Widerstandshandlungen oder Körperverletzungen gegen eingesetzte Polizeibeamte.



Sowohl deutschlandweit als auch international wurde dieses Thema von den Medien aufgegriffen und ausführlich darüber berichtet. Dies und die anhaltenden Proteste führten dazu, dass die Arbeiten am 4. März 2013 vorläufig eingestellt wurden.

Am 27. März 2013 wurden in den frühen Morgenstunden ohne vorherige Ankündigung vier Segmente der Mauer für eine provisorische Baustellenzufahrt entfernt und der Durchbruch somit auf ca. 6 Meter vergrößert. Diese Maßnahme führte zu Protest, Kritik und Unverständnis von Seiten der Baugegner. Proteste direkt nach dem Abbau der Teile verliefen mit hohen Teilnehmerzahlen störungsfrei. Strafrechtlich relevante Aktionen waren seitdem nicht mehr zu verzeichnen.

Weiterbau der A 100

Mit dem ersten Spatenstich am 8. Mai 2013 begann der Weiterbau der Bundesautobahn 100. Die zuvor eingereichten Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss wurden größtenteils abgewiesen. Die BAB 100 wird dann bis zur Anschlussstelle Treptower Park reichen.



Der Weiterbau sowie die bauvorbereitenden Maßnahmen wurden von Protesten von Bürgerinitiativen und Privatpersonen begleitet. So besetzten mehrere Personen am 3. Januar 2013 unter Duldung des Eigentümers auf einem Grundstück in Berlin-Neukölln einen Baum, um ihrer Forderung nach einem Verzicht auf den Weiterbau Ausdruck zu verleihen. Dieser Protest dauerte bis zur Inbesitznahme des Grundstücks durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt im Februar 2014 an.

In diesem Themenzusammenhang wurden auch Straftaten begangen, die als politisch motiviert klassifiziert wurden:

- Am 27. Januar 2013 versammelten sich mehrere Personen zu einer unangemeldeten Versammlung vor einer Grundstückseinfahrt in Berlin-Neukölln und befestig-

ten Transparente mit Aufschriften, wie „A 100 Stau“ und „www.A100stoppen.de“ am Zaun des Grundstücks.

- Unbekannte Täter beschädigten am 25. Dezember 2013 in Berlin-Neukölln ein Baufahrzeug einer mit dem Weiterbau der A 100 beauftragten Firma. Auf die Baggerschaufel wurde der Schriftzug „BAustopp jetzt“ angebracht und auf die hintere Scheibe der Schriftzug „Stopp A 100“ gesprüht.

6.1.2 Bundestagswahlen

Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2013 waren 49 Fälle zu verzeichnen, die keinem der drei Phänomenbereiche zugeordnet werden konnten. In der Mehrheit handelte es sich dabei um das Beschädigen von Wahlplakaten unterschiedlicher Parteien. Dabei wurden einige Wahlplakate so stark zerstört, dass sie keiner Partei mehr zugeordnet werden konnten.

6.2 Prognose

Im Zusammenhang mit Wahlen und dem im Vorfeld stattfindenden Wahlkampf ist in der Regel mit erhöhten Fallzahlen zu rechnen. Dies gilt gleichermaßen für die am 25. Mai 2014 stattgefundene Wahl zum Europäischen Parlament (Europawahl).

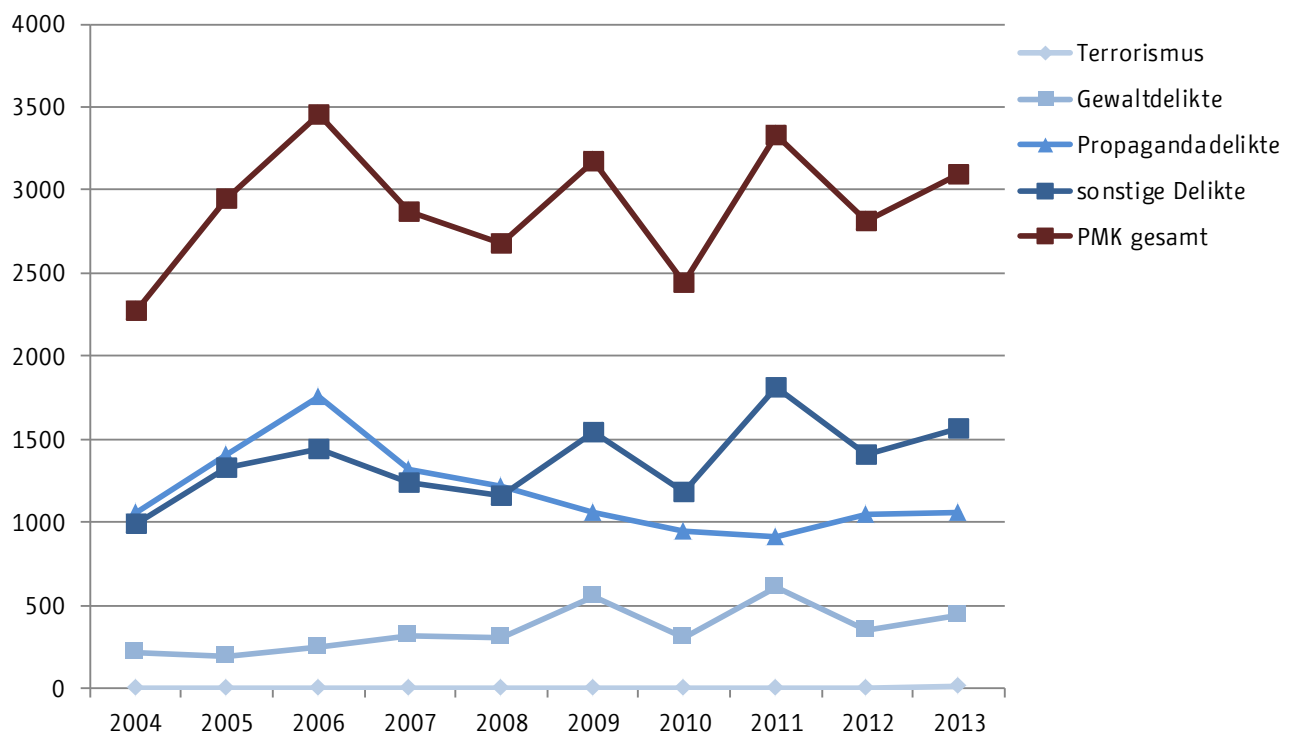
Auch der Weiterbau der A 100 wird auf die Fallzahlen des Jahres 2014 vermutlich kaum Auswirkungen haben. Seit Beginn des 16. Bauabschnitts an der Grenzallee waren keine Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität in diesem Zusammenhang zu verzeichnen. Bereits im Jahr 2013 verliefen die Proteste störungsfrei und außerhalb strafrechtlicher Relevanz.

7 Anhang

7.1 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität

7.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Terrorismus	4	7	2	2	4	8	7	4	4	16
Gewaltdelikte	212	198	255	320	305	559	307	605	350	441
Propagandadelikte	1062	1414	1756	1314	1212	1065	948	909	1051	1064
sonstige Delikte	992	1330	1441	1238	1160	1544	1181	1816	1407	1570
PMK gesamt	2270	2949	3454	2874	2681	3176	2443	3334	2812	3091



Fallaufkommen PMK gesamt nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

7.1.2 Tatverdächtige PMK

	2012	2013
PMK	1409	1596
↪ männlich	1231	1297
↪ weiblich	178	299
↪ Gewaltdelikte	315	296
↪ männlich	273	252
↪ weiblich	42	44

Anzahl der Tatverdächtigen PMK nach Geschlecht im
direkten Jahresvergleich

7.1.3 Opfer von Gewaltdelikten PMK

	2012	2013
männlich	124	169
weiblich	27	31
unbekannt	5	2
Gesamt	156	202

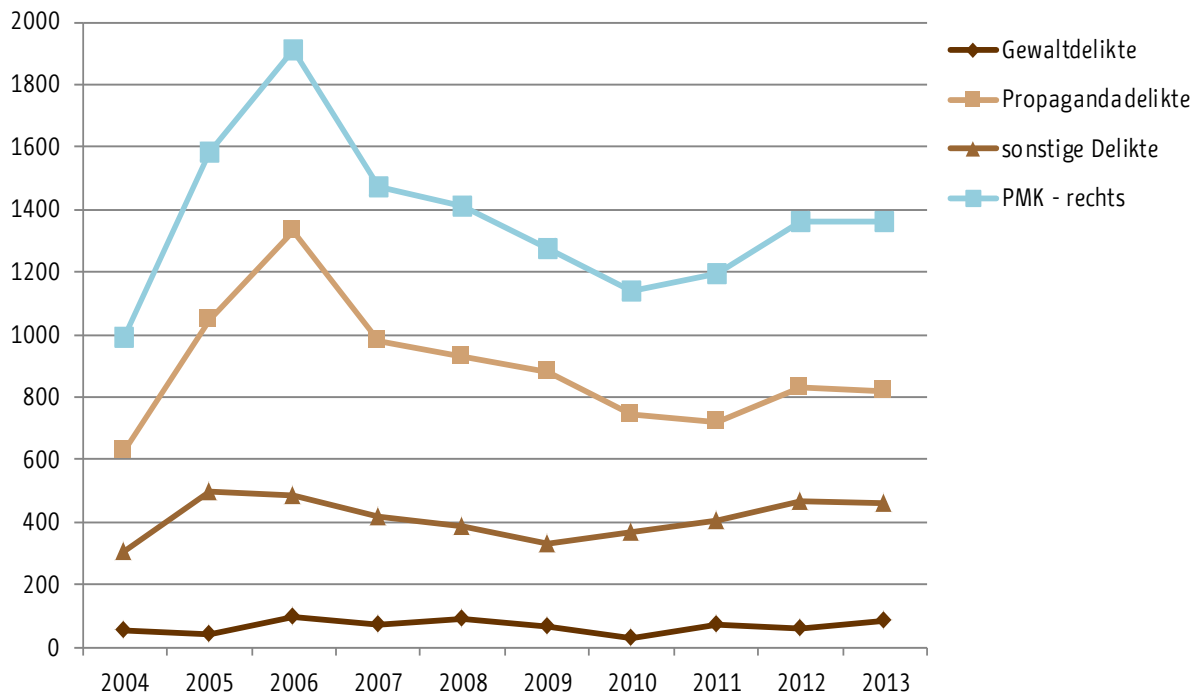
Opfer von Gewaltdelikten der PMK
nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.2 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität - rechts

7.2.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – rechts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gewaltdelikte	54	42	96	74	91	64	28	70	60	83
Propagandadelikte	629	1046	1329	982	931	883	745	719	832	816
sonstige Delikte	307	496	487	416	389	330	366	405	469	462
PMK - rechts	990	1584	1912	1472	1411	1277	1139	1194	1361	1361

Fallaufkommen PMK - rechts nach Deliktsarten im Langzeitvergleich



7.2.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
PMK - rechts	990	1584	1912	1472	1411	1277	1139	1194	1361	1361
☞ geklärt	439	489	596	397	381	430	316	325	376	416
Aufklärungsquote	44%	31%	31%	27%	27%	34%	28%	27%	28%	31%
☞ Gewaltdelikte	54	42	96	74	91	64	28	70	60	83
☞ geklärt	36	23	57	39	57	28	11	37	30	56
Aufklärungsquote	67%	55%	59%	53%	63%	44%	39%	53%	50%	67%

Fallaufkommen PMK - rechts mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

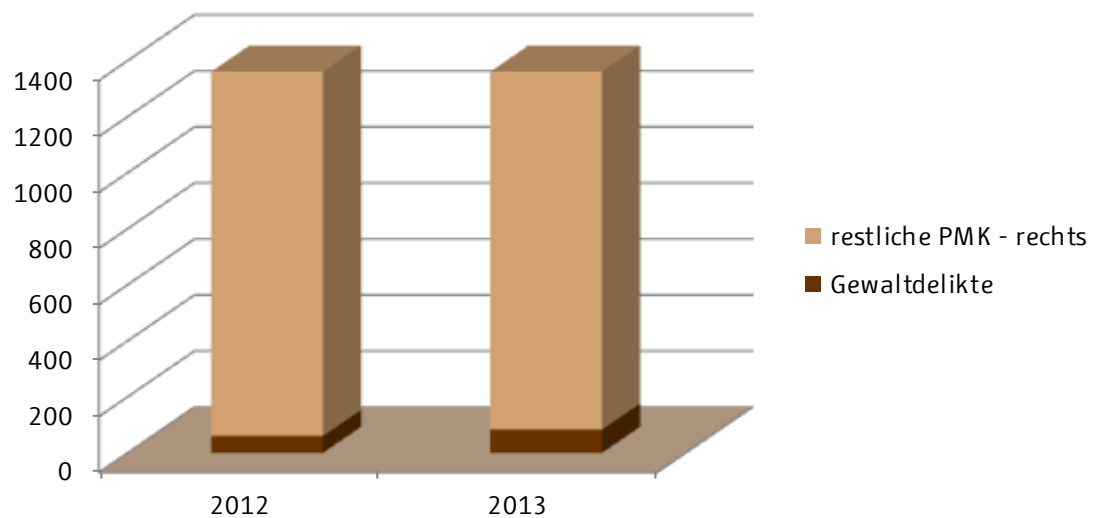
Entwicklung der Aufklärungsquote im Langzeitvergleich



7.2.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PMK – rechts

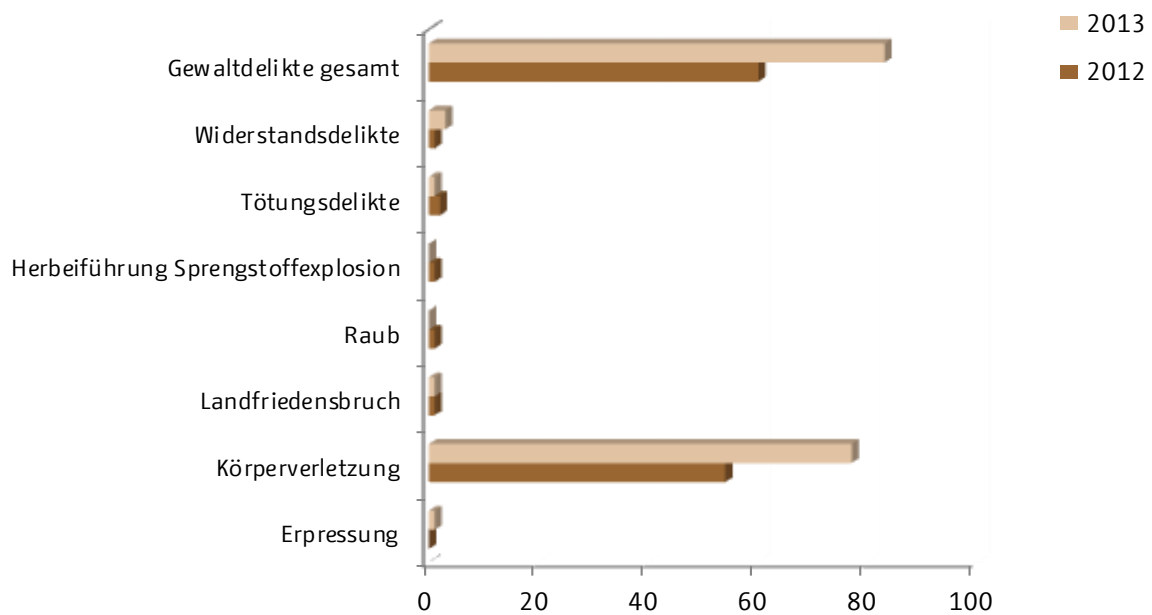
	2012	2013	Trend
PMK - rechts	1361	1361	0%
↪ antisemitisch	199	175	-12%
↪ fremdenfeindlich	351	390	11%
↪ gegen links	81	80	-1%
↪ Gewaltdelikte	60	83	38%
↪ antisemitisch	3	7	- / -
↪ fremdenfeindlich	44	67	52%
↪ gegen links	13	11	-15%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen
PMK - rechts im direkten Jahresvergleich



7.2.4 Fallaufkommen PMK – rechts in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

	2012	2013
Erpressung	0	1
Körperverletzung	54	77
Landfriedensbruch	1	1
Raub	1	0
Herbeiführung Sprengstoffexplosion	1	0
Tötungsdelikte	2	1
Widerstandsdelikte	1	3
Gewaltdelikte gesamt	60	83

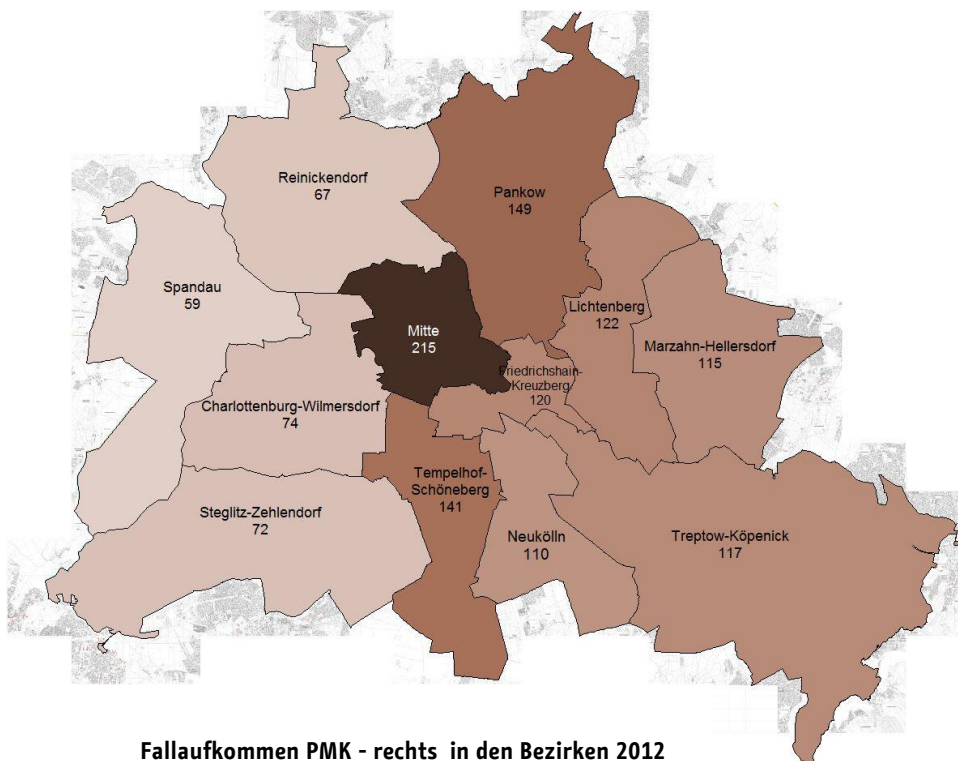


Fallaufkommen PMK - rechts in den Deliktsbereichen der Gewaltkriminalität im direkten Jahresvergleich

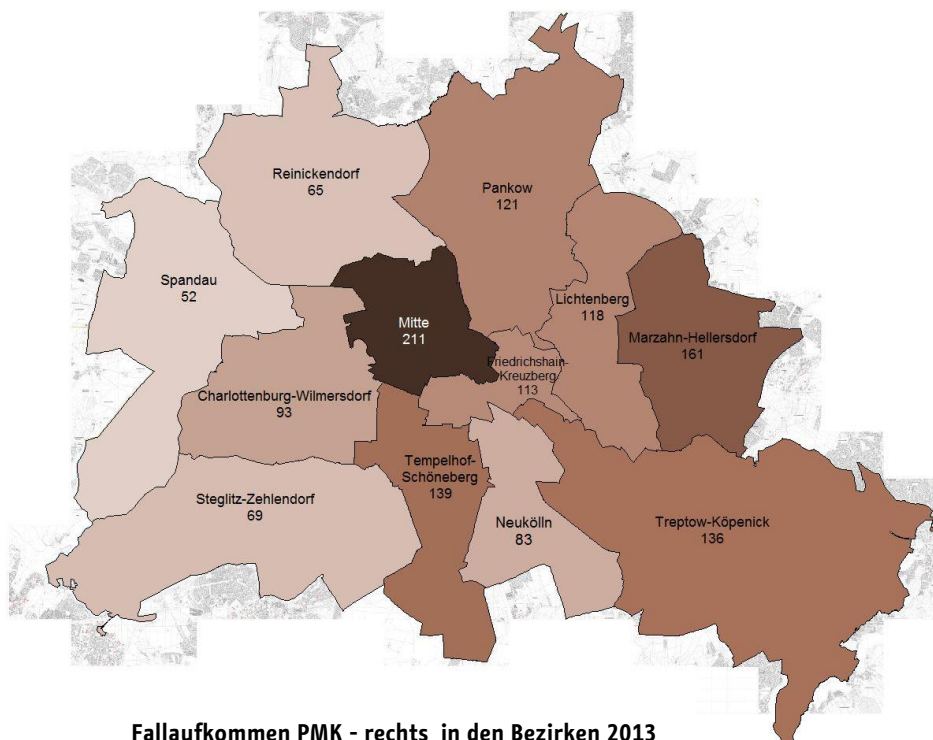
7.2.5 Betrachtung des Fallaufkommens PMK – rechts in den Bezirken

	PMK - rechts		🔪 Gewaltdelikte	
	2012	2013	2012	2013
Charlottenburg-Wilmersdorf	74	93	4	5
Friedrichshain-Kreuzberg	120	113	3	7
Lichtenberg	122	118	5	12
Marzahn-Hellersdorf	115	161	5	19
Mitte	215	211	16	17
Neukölln	110	83	6	3
Pankow	149	121	5	10
Reinickendorf	67	65	5	1
Spandau	59	52	1	2
Steglitz-Zehlendorf	72	69	1	2
Tempelhof-Schöneberg	141	139	3	2
Treptow-Köpenick	117	136	6	3
Berlin gesamt	1361	1361	60	83

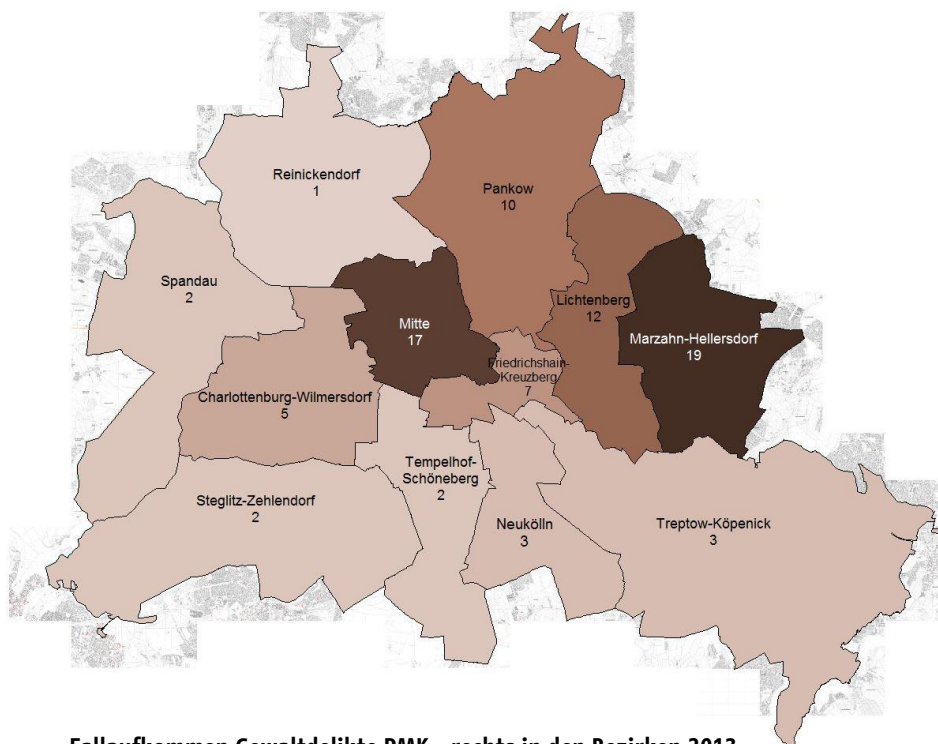
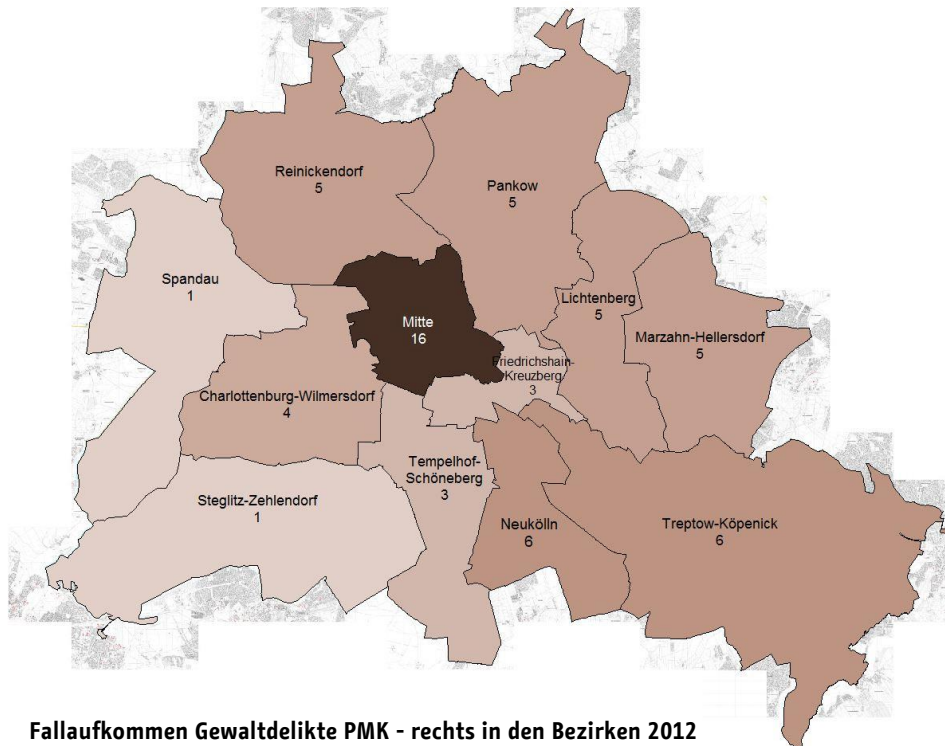
Fallaufkommen PMK - rechts in den Bezirken im direkten Jahresvergleich



Fallaufkommen PMK - rechts in den Bezirken 2012



Fallaufkommen PMK - rechts in den Bezirken 2013



7.2.6 Tatverdächtige PMK – rechts

	2012	2013
PMK - rechts	496	495
↪ männlich	461	447
↪ weiblich	35	48
↪ Gewaltdelikte	44	67
↪ männlich	38	62
↪ weiblich	6	5

Anzahl der Tatverdächtigen PMK - rechts nach Geschlecht
im direkten Jahresvergleich

7.2.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK – rechts

	PMK - rechts		↪ Gewaltdelikte	
	2012	2013	2012	2013
Einzeltäter	309	343	23	44
2 Täter	20	41	2	8
3 - 5 Täter	27	18	4	3
6 - 10 Täter	4	3	1	1
über 10 Täter	1	2	0	0
unbekannt	15	9	0	0
Anzahl geklärt	376	416	30	56

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK - rechts bezogen
auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

7.2.7 Opfer von Gewaltdelikten PMK – rechts

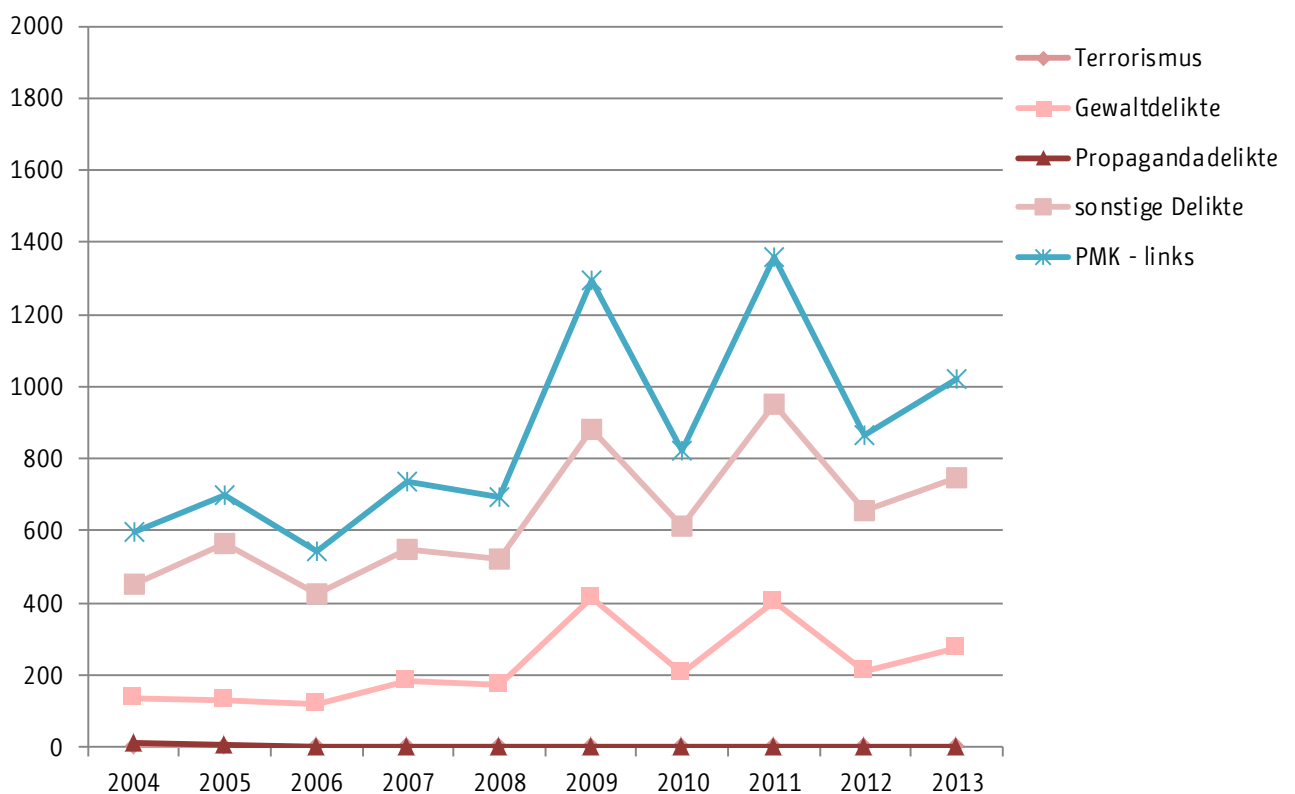
	2012	2013
männlich	49	78
weiblich	17	19
unbekannt	1	0
Gesamt	67	97

Opfer von Gewaltdelikten der PMK - rechts
nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.3 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – links

7.3.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – links

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Terrorismus	0	3	2	1	0	0	0	0	0	0
Gewaltdelikte	134	131	117	186	171	415	207	406	209	276
Propagandadelikte	10	5	1	0	0	0	0	0	0	2
sonstige Delikte	454	562	423	549	521	880	614	953	657	745
PMK - links	598	701	543	736	692	1295	821	1359	866	1023



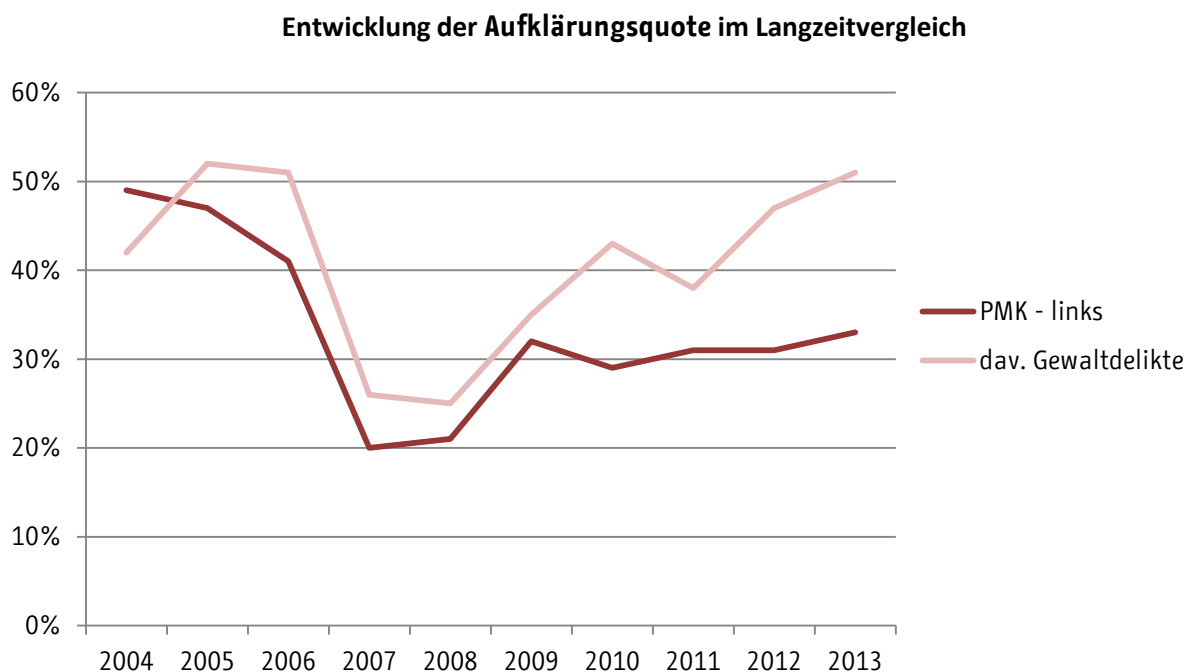
Fallaufkommen PMK - links nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

Aufgrund der annähernd bzw. exakt gleichen Zahlenwerte bei den Terrorismus- und Propagandadelikten überlagern sich die Linien.

7.3.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
PMK - links	598	701	543	736	692	1295	821	1359	866	1023
☞ geklärt	292	332	220	146	148	414	234	421	269	338
Aufklärungsquote	49%	47%	41%	20%	21%	32%	29%	31%	31%	33%
☞ Gewaltdelikte	134	131	117	186	171	415	207	406	209	276
☞ geklärt	56	68	60	48	43	146	88	156	99	141
Aufklärungsquote	42%	52%	51%	26%	25%	35%	43%	38%	47%	51%

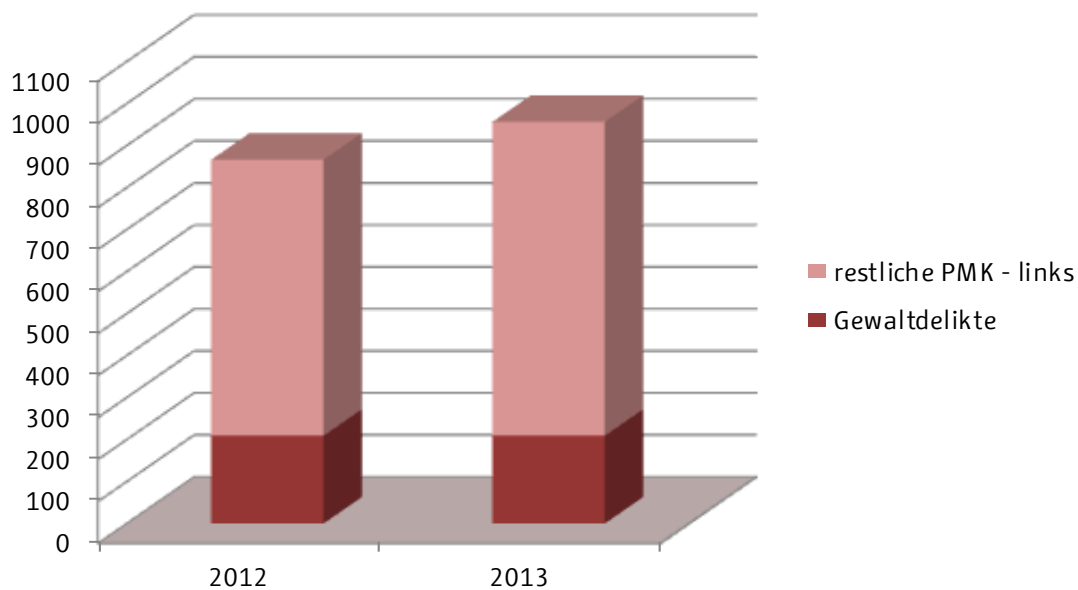
Fallaufkommen PMK - links mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich



7.3.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PMK – links

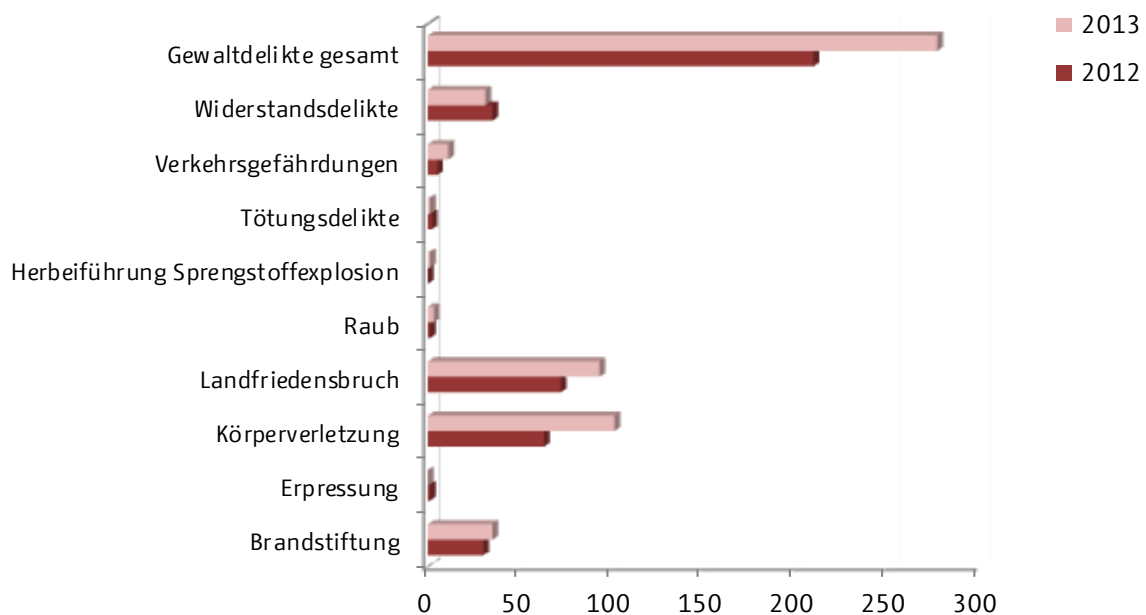
	2012	2013	Trend
PMK - links	866	1023	18%
↪ gegen rechts	215	379	76%
↪ Polizei	252	308	22%
↪ Umstrukturierung	260	238	-8%
↪ Gewaltdelikte	209	276	32%
↪ gegen rechts	46	112	143%
↪ Polizei	152	175	15%
↪ Umstrukturierung	50	55	10%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen
PMK - links im direkten Jahresvergleich



7.3.4 Fallaufkommen PMK – links in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

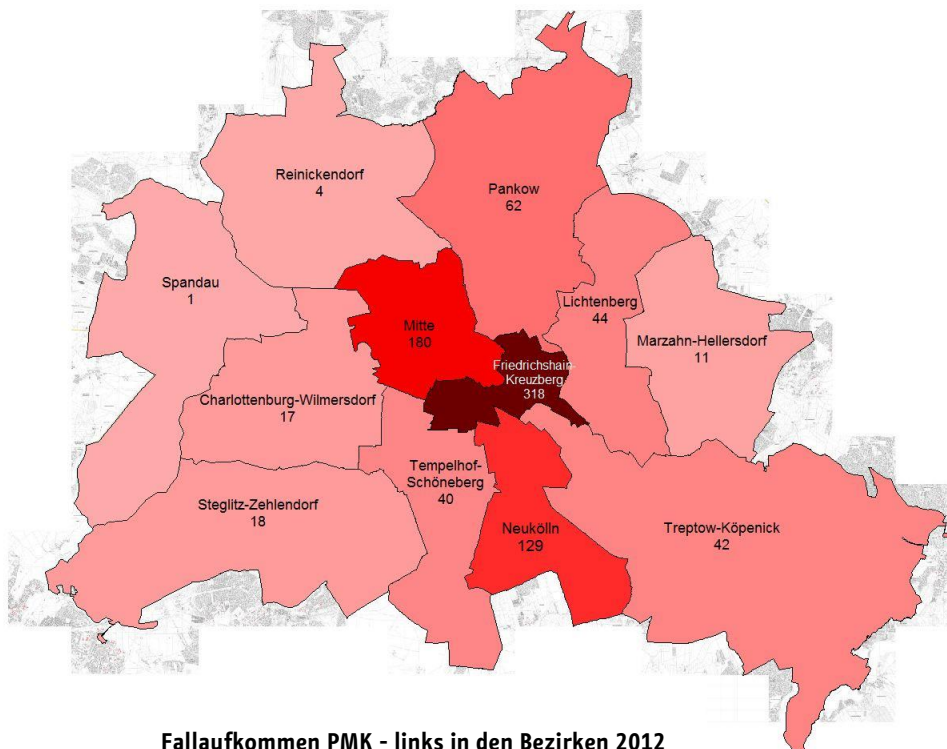
	2012	2013
Brandstiftung	30	35
Erpressung	1	0
Körperverletzung	63	101
Landfriedensbruch	72	93
Raub	1	3
Herbeiführung Sprengstoffexplosion	0	1
Tötungsdelikte	2	1
Verkehrsgefährdungen	5	11
Widerstandsdelikte	35	31
Gewaltdelikte gesamt	209	276



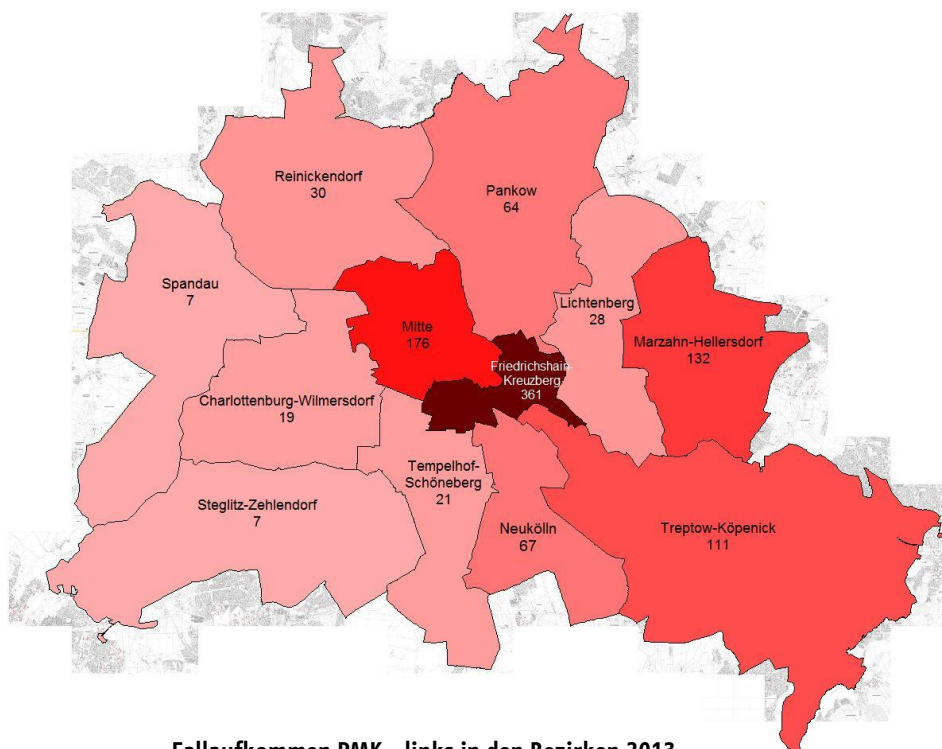
7.3.5 Betrachtung des Fallaufkommens PMK – links in den Bezirken

	PMK - links		🔪 Gewaltdelikte	
	2012	2013	2012	2013
Charlottenburg-Wilmersdorf	17	19	1	2
Friedrichshain-Kreuzberg	318	361	88	109
Lichtenberg	44	28	12	9
Marzahn-Hellersdorf	11	132	0	65
Mitte	180	176	43	25
Neukölln	129	67	30	7
Pankow	62	64	10	11
Reinickendorf	4	30	1	10
Spandau	1	7	0	1
Steglitz-Zehlendorf	18	7	2	1
Tempelhof-Schöneberg	40	21	17	2
Treptow-Köpenick	42	111	5	34
Berlin gesamt	866	1023	209	276

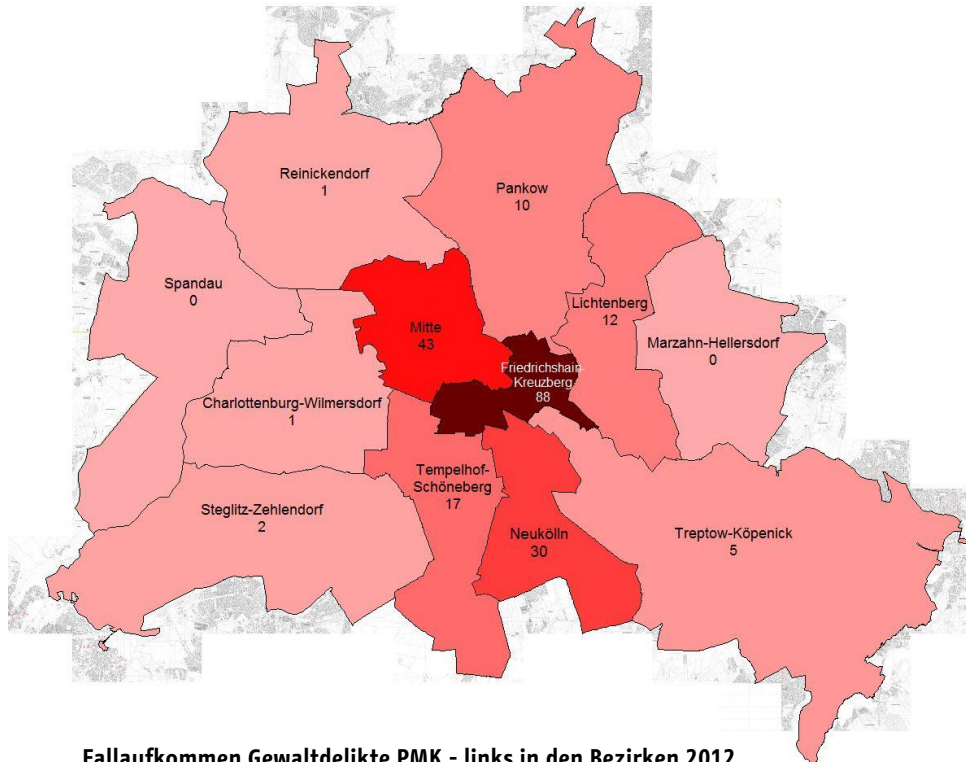
Fallaufkommen PMK - links in den Bezirken nach Deliktsart im direkten Jahresvergleich



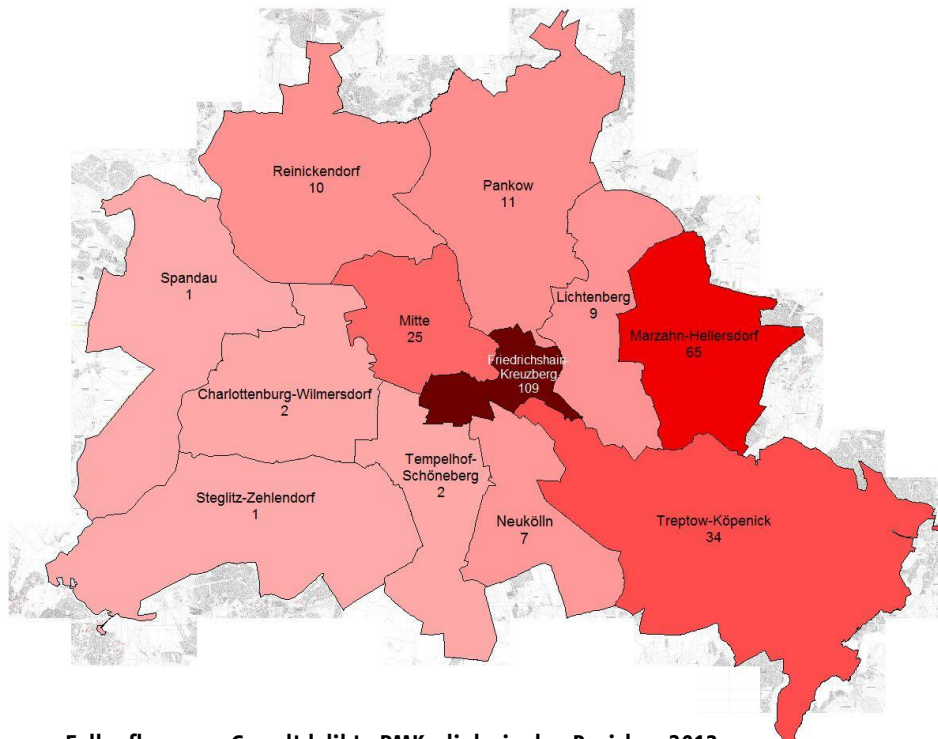
Fallaufkommen PMK - links in den Bezirken 2012



Fallaufkommen PMK - links in den Bezirken 2013



Fallaufkommen Gewaltdelikte PMK - links in den Bezirken 2012



Fallaufkommen Gewaltdelikte PMK - links in den Bezirken 2013

7.3.6 Tatverdächtige PMK – links

	2012	2013
PMK - links	425	573
↪ männlich	329	431
↪ weiblich	96	142
↪ Gewaltdelikte	177	190
↪ männlich	146	156
↪ weiblich	31	34

Anzahl der Tatverdächtigen PMK - links nach Geschlecht
im direkten Jahresvergleich

7.3.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK – links

	PMK - links		↪ Gewaltdelikte	
	2012	2013	2012	2013
Einzeltäter	192	253	56	99
2 Täter	11	15	2	2
3 - 5 Täter	18	22	3	5
6 - 10 Täter	7	4	2	1
über 10 Täter	40	40	36	32
unbekannt	1	4	0	2
Anzahl geklärt	269	338	99	141

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK - links bezogen
auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

7.3.8 Opfer von Gewaltdelikten PMK – links

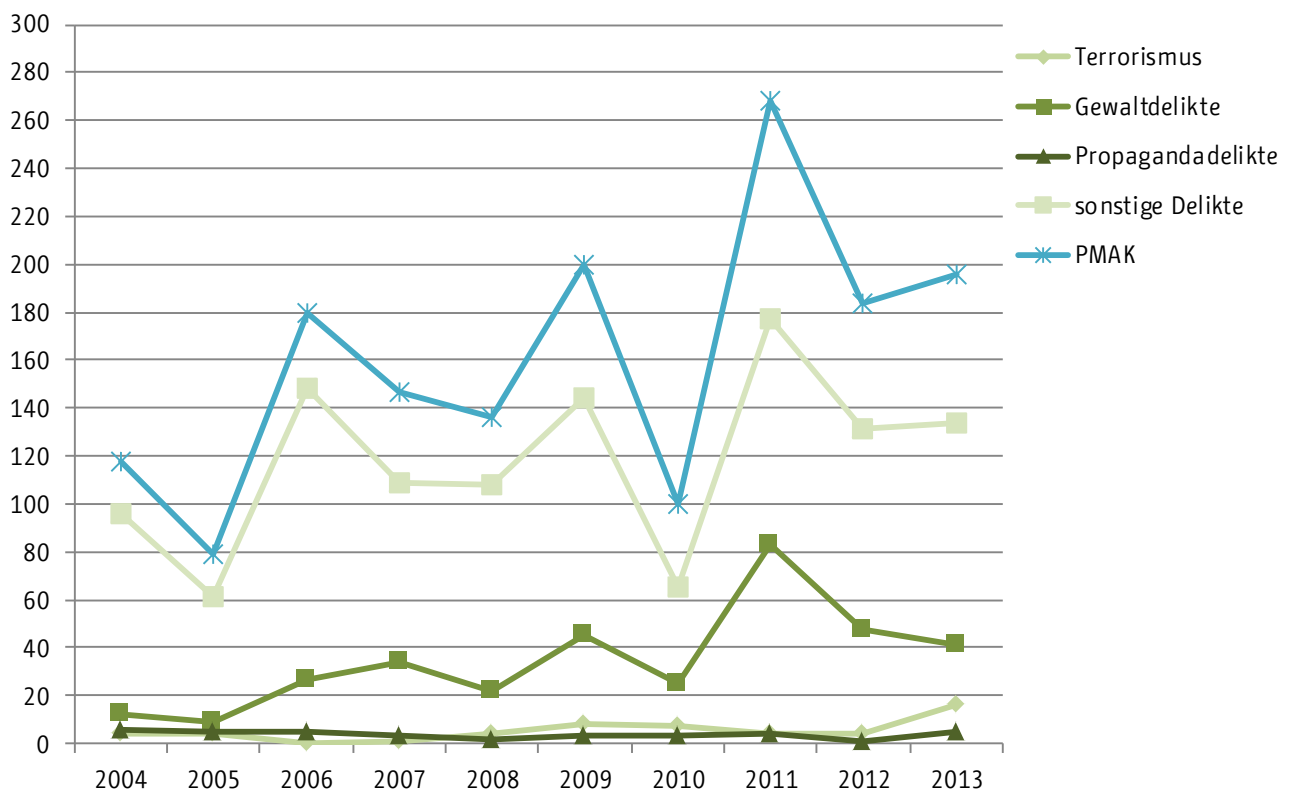
	2012	2013
männlich	22	31
weiblich	1	3
unbekannt	4	2
Gesamt	27	36

Opfer von Gewaltdelikten der PMK - links
nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.4 Fallzahlen Politisch motivierte Ausländerkriminalität

7.4.1 Entwicklung der Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Terrorismus	4	4	0	1	4	8	7	4	4	16
Gewaltdelikte	12	9	27	34	22	45	25	83	48	41
Propagandadelikte	6	5	5	3	2	3	3	4	1	5
sonstige Delikte	96	61	148	109	108	144	65	177	131	134
PMAK	118	79	180	147	136	200	100	268	184	196

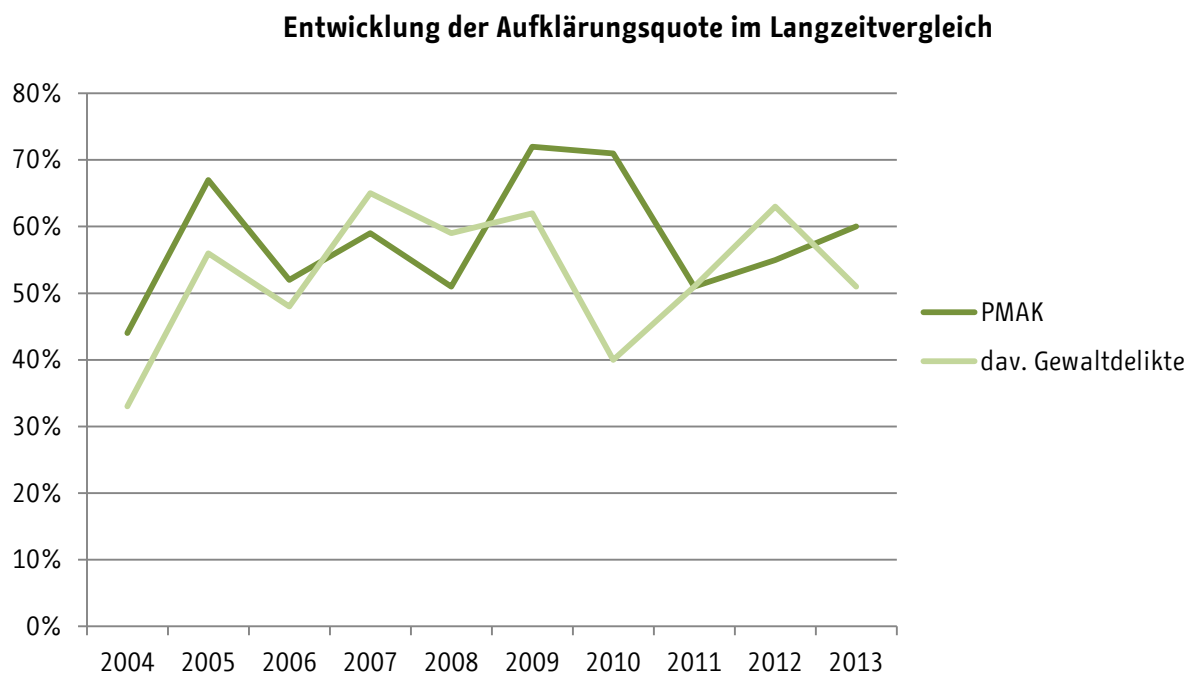


Fallaufkommen PMAK nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

7.4.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
PMAK	118	79	180	147	136	200	100	268	184	196
☞ geklärt	52	53	93	86	69	144	71	136	101	118
Aufklärungsquote	44%	67%	52%	59%	51%	72%	71%	51%	55%	60%
☞ Gewaltdelikte	12	9	27	34	22	45	25	83	48	41
☞ geklärt	4	5	13	22	13	28	10	42	30	21
Aufklärungsquote	33%	56%	48%	65%	59%	62%	40%	51%	63%	51%

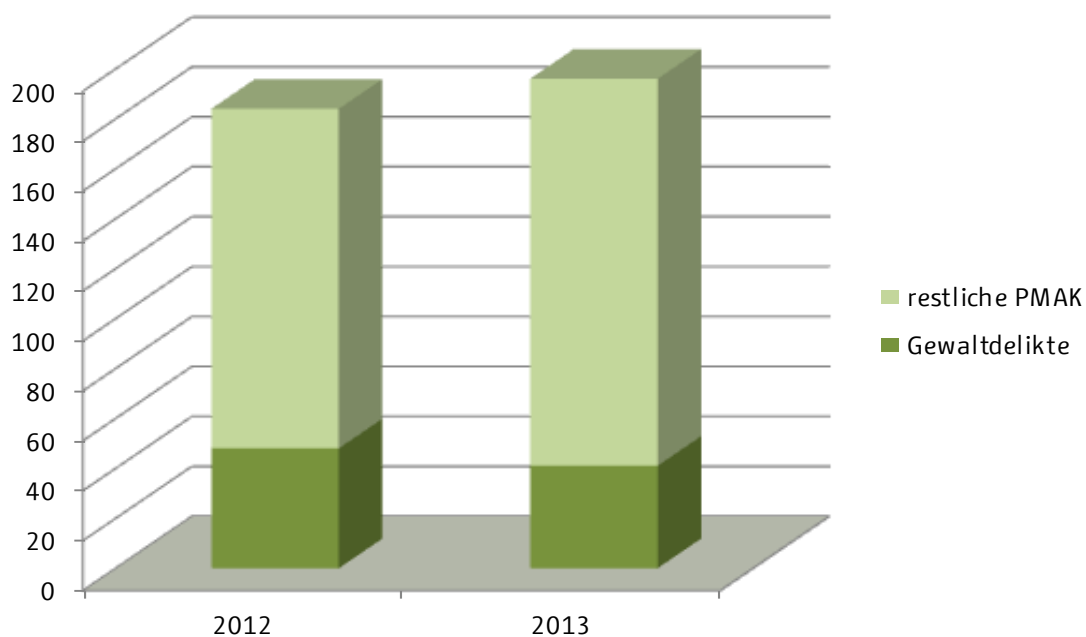
Fallaufkommen PMAK mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich



7.4.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PM-Ausländerkriminalität

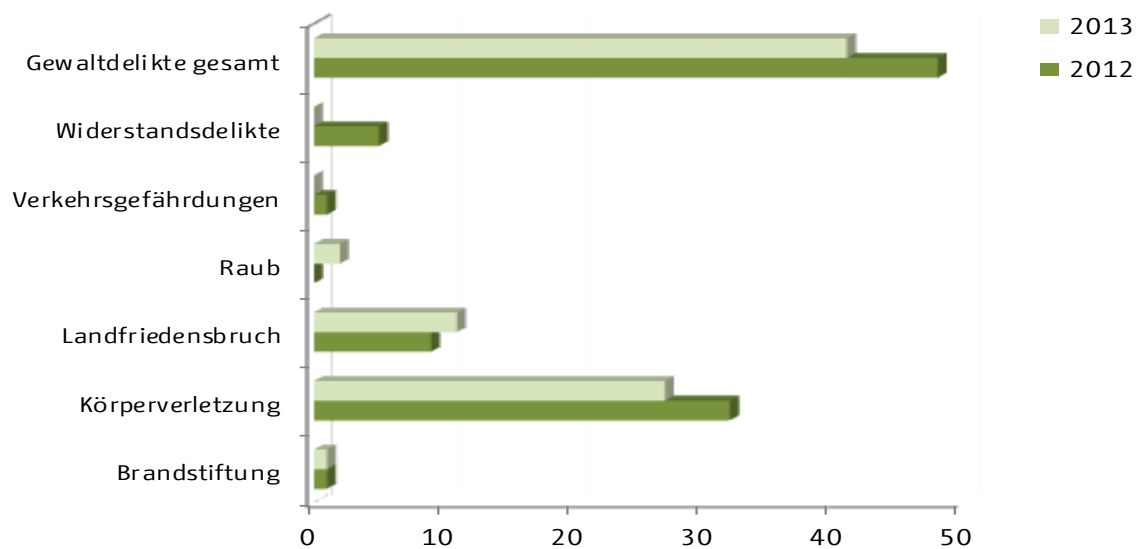
	2012	2013	Trend
PMAK	184	196	7%
↳ Islam./Fundamentalismus	44	33	-25%
↳ Krisenherde/Bürgerkriege	24	29	21%
↳ PKK/Kurdenproblematik	30	54	80%
↳ Gewaltdelikte	48	41	-15%
↳ Islam./Fundamentalismus	5	2	-60%
↳ Krisenherde/Bürgerkriege	9	3	-67%
↳ PKK/Kurdenproblematik	2	6	200%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen
PM-Ausländerkriminalität im direkten Jahresvergleich



7.4.4 Fallaufkommen PM-Ausländerkriminalität in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

	2012	2013
Brandstiftung	1	1
Körperverletzung	32	27
Landfriedensbruch	9	11
Raub	0	2
Verkehrsgefährdungen	1	0
Widerstandsdelikte	5	0
Gewaltdelikte gesamt	48	41

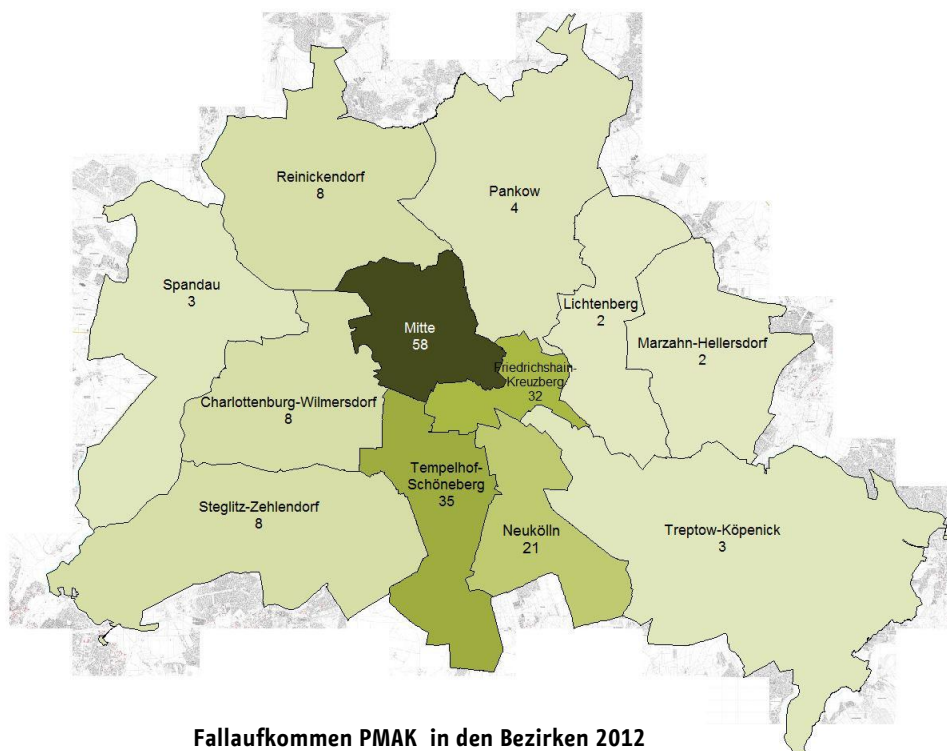


Fallaufkommen PMAK in den Deliktsbereichen der Gewaltkriminalität im direkten Jahresvergleich

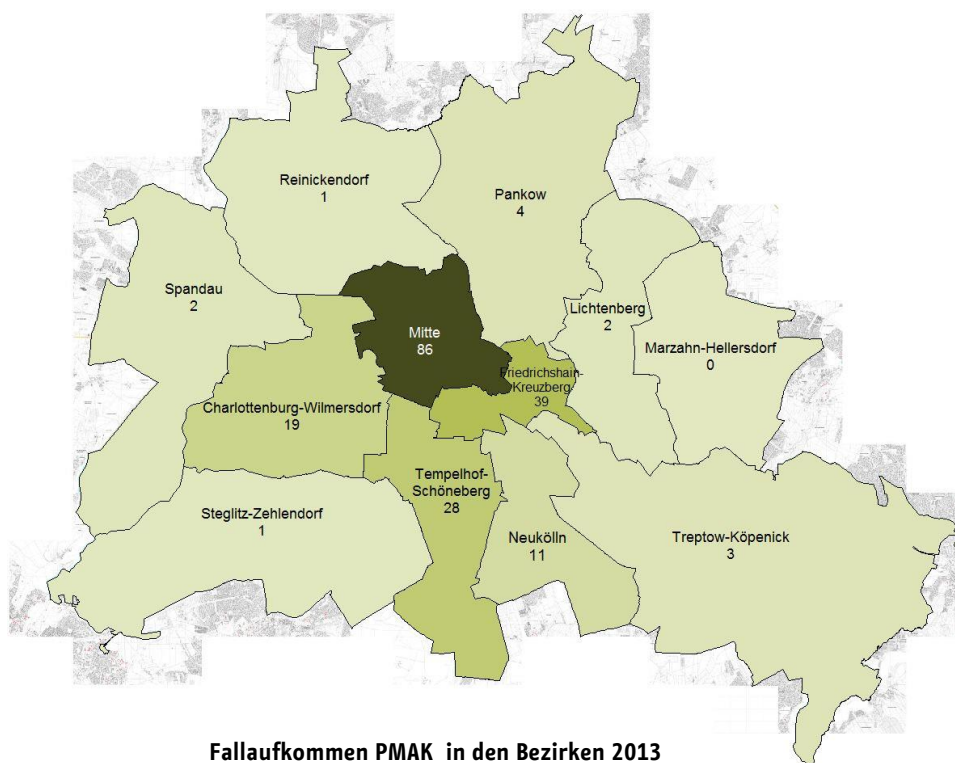
7.4.5 Betrachtung des Fallaufkommens PM-Ausländerkriminalität in den Bezirken

	PMAK		↪ Gewaltdelikte	
	2012	2013	2012	2013
Charlottenburg-Wilmersdorf	8	19	1	2
Friedrichshain-Kreuzberg	32	39	9	17
Lichtenberg	2	2	0	0
Marzahn-Hellersdorf	2	0	0	0
Mitte	58	86	20	12
Neukölln	21	11	10	4
Pankow	4	4	0	0
Reinickendorf	8	1	0	0
Spandau	3	2	1	0
Steglitz-Zehlendorf	8	1	3	0
Tempelhof-Schöneberg	35	28	4	5
Treptow-Köpenick	3	3	0	1
Berlin gesamt	184	196	48	41

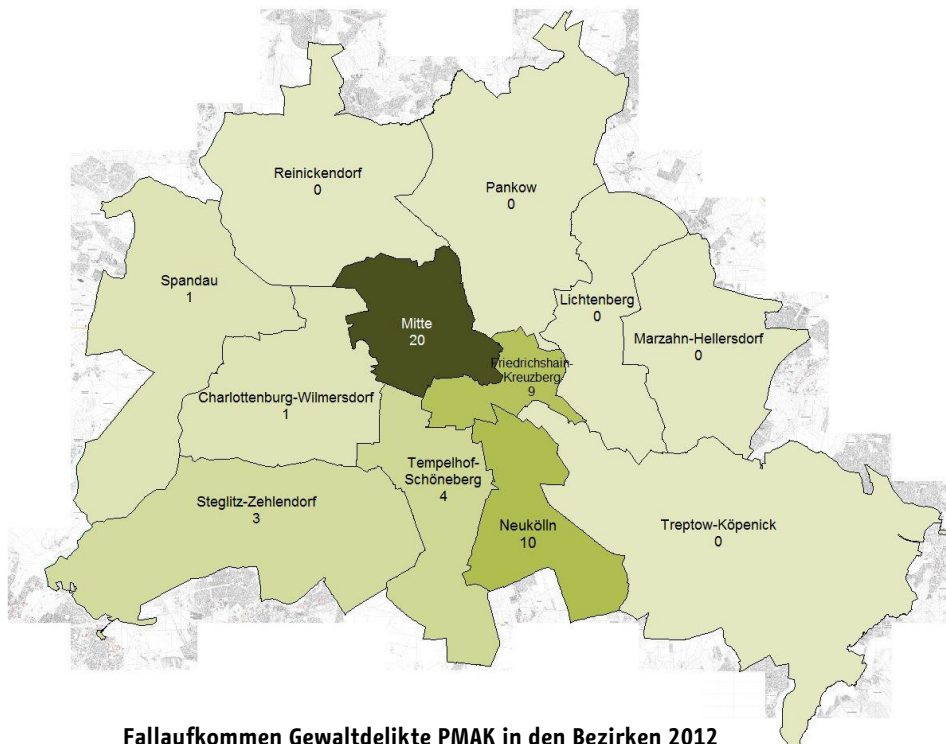
Fallaufkommen PMAK in den Bezirken im direkten Jahresvergleich



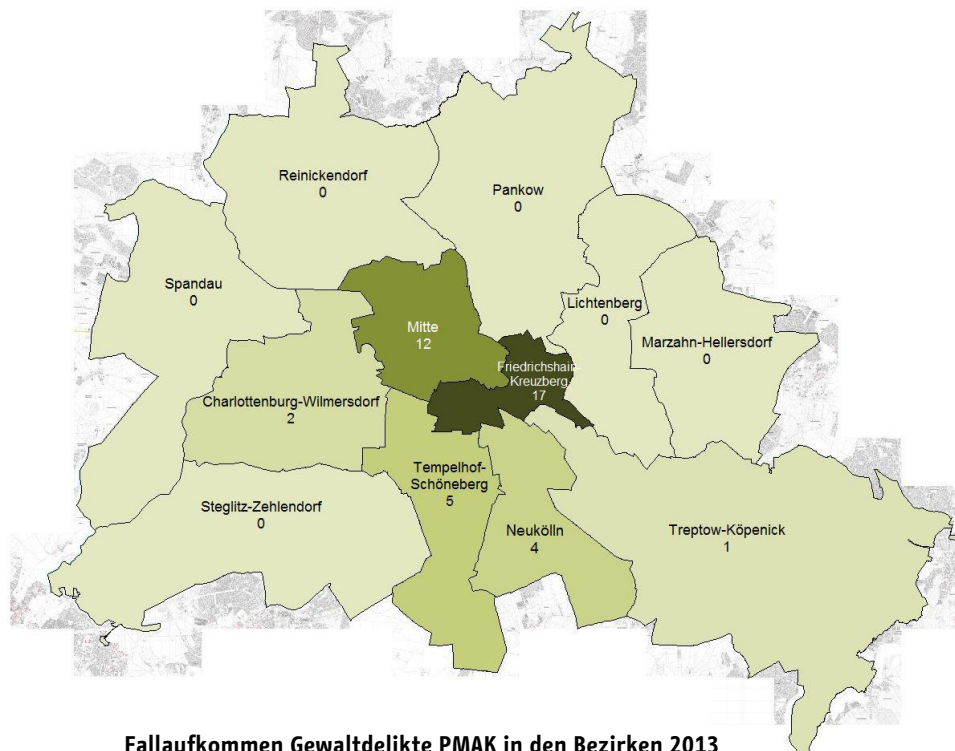
Fallaufkommen PMAK in den Bezirken 2012



Fallaufkommen PMAK in den Bezirken 2013



Fallaufkommen Gewaltdelikte PMAK in den Bezirken 2012



Fallaufkommen Gewaltdelikte PMAK in den Bezirken 2013

7.4.6 Tatverdächtige der PM-Ausländerkriminalität

	2012	2013
PMAK	182	123
↪ männlich	165	98
↪ weiblich	17	25
↪ Gewaltdelikte	73	21
↪ männlich	69	19
↪ weiblich	4	2

Anzahl der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität im
direkten Jahresvergleich

7.4.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität

	PMAK		↪ Gewaltdelikte	
	2012	2013	2012	2013
Einzeltäter	78	109	20	18
2 Täter	5	5	2	0
3 - 5 Täter	8	1	3	1
6 - 10 Täter	2	0	0	0
über 10 Täter	6	3	5	2
unbekannt	2	0	0	0
Anzahl geklärt	101	118	30	21

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität bezogen auf die Anzahl
der aufgeklärten Fälle

7.4.8 Opfer von Gewaltdelikten PM-Ausländerkriminalität

	2012	2013
männlich	24	27
weiblich	0	7
unbekannt	0	0
Gesamt	24	34

Opfer von Gewaltdelikten der PM-
Ausländerkriminalität nach Geschlecht im direkten
Jahresvergleich

7.5 Fallzahlen Sonstige/Nicht zuzuordnen

7.5.1 Entwicklung der Fallzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
PMK Sonstige	153	231	392	176	156	221	185	318	179	272
☞ geklärt	48	78	115	55	56	62	66	93	67	117
Aufklärungsquote	31%	34%	29%	31%	36%	28%	36%	29%	37%	43%
Ä Gewaltdelikte	12	16	15	26	21	35	47	46	33	41
☞ geklärt	8	9	13	10	9	12	16	14	17	16
Aufklärungsquote	67%	56%	87%	38%	43%	34%	34%	30%	52%	39%
ST ohne PM*	411	354	427	343	286	183	198	195	222	239
☞ geklärt	201	262	345	219	220	158	169	168	203	215
Aufklärungsquote	49%	74%	81%	64%	77%	86%	85%	86%	91%	90%
Bereich Sonstige/Nicht zuzuordnen										
Gesamt	564	585	819	519	442	404	383	513	401	511
☞ geklärt	249	340	460	274	276	220	235	261	270	332
Aufklärungsquote	44%	58%	56%	53%	62%	54%	61%	51%	67%	65%

Fallaufkommen Sonstige/Nicht zuzuordnen im Fünfjahresvergleich

* Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation